



Regierungsprogramm der SPD Thüringen

THÜRINGEN

Unser Land gestalten!

2009 – 2014

gemeinsam. sozial. demokratisch.



INHALT

1 THÜRINGEN. UNSER LAND GESTALTEN!	5
2 LERNEN	7
2.1 Frühkindliche Bildung	7
2.2 Gute Schule	8
2.3 Berufliche Bildung	9
2.4 Hochschule	10
2.5 Weiterbildung	10
3 ARBEITEN	11
3.1 Zukunftsstrategie für Wirtschaftswachstum	12
3.2 Fachkräfte-Nachwuchs	12
3.3 Forschung und Innovation	13
3.4 Investitionen und Ansiedlungen	14
3.5 Geordnete Strukturen	14
3.6 Arbeitnehmerrechte	15
3.7 Aktive Arbeitsmarktpolitik	15
3.8 Land- und Forstwirtschaft	16
3.9 Tourismus	17
4 LEBEN	18
4.1 Unterstützung von Familien	18
4.2 Unterstützung von Kindern und Jugendlichen	19
4.3 Frauen	20
4.4 Senioren	21
4.5 Gesundheit	22
4.6 Sport	23
4.7 Kultur	24
4.8 Verbraucherschutz	25
4.9 Integration von Migranten	26
4.10 Menschen mit Behinderung	26
4.11 Freiheit ermöglichen	26
4.12 In Sicherheit leben	27
4.13 Schutz des Lebens und des Eigentums	27
4.14 Rechtsstaat stärken	28
4.15 Kein Platz für Rechtsextremismus	29
5 DAS LAND ORDNETN – ZUKUNFT GEWINNEN	30
5.1 Energie-Wende	30
5.2 Solide Finanzen – bezahlbare Verwaltung	32
5.3 Landesplanung	33
5.4 Starke Städte	34
5.5 Lebendiger Raum	35
5.6 Verkehr	36
5.7 Natur- und Umweltschutz	37
5.8 Europa	38



Christoph Matschie, Spitzenkandidat der SPD Thüringen

1 THÜRINGEN. UNSER LAND GESTALTEN!

Wir sind in Thüringen fest verwurzelt. Wir leben hier. Wir wurden hier geboren oder haben hier unsere neue Heimat gefunden. Aus tiefer Verbundenheit mit diesem Land und seinen Menschen wollen wir gute Politik gestalten. Wir wollen dafür sorgen, dass alle ein erfülltes, selbstbestimmtes und sicheres Leben führen können.

Die SPD steht seit mehr als hundert Jahren für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Das bestimmt unser Handeln auch in der Zukunft.

Wir wissen, was es heißt, ein Land zu regieren. Wir wissen, wie viel Verantwortung dahinter steckt. Wir sind bereit, diese Verantwortung voll und ganz zu übernehmen. Gerade jetzt muss sich Politik bewähren. Die US-Finanzkrise hat weltweit einen Erdrutsch ausgelöst. Auch in Thüringen ist die Wirtschaft in eine Rezession geraten. Arbeitsplätze sind bedroht, Existenzen gefährdet. Wir werden kraftvoll gegensteuern und dabei alle Möglichkeiten des Staates nutzen.

Thüringen ist ein reiches Land. Mitten in Deutschland und Europa verbinden sich bei uns Landschaft, Geschichte und Tradition zu einer spannungsvollen Region. Dieses Zusammentreffen verschiedener Einflüsse hat die Menschen hier zum Nachdenken, zum Erfinden und zur Veränderung angeregt. Dieser Wert kann zum Gewinn für alle werden. Zurzeit brechen jedoch in unserem Land, in unseren Städten, in unserer Nachbarschaft die Verhältnisse immer weiter auseinander.

Unternehmen aus der Solarbranche kämpfen sich an die Weltspitze. Unsere Städte voller Geschichte blühen auf und locken immer mehr Besucher aus aller Welt an. Das – und vieles mehr – ist die glänzende Seite. Das macht uns stolz Thüringerinnen und Thüringer zu sein.

Aber niemand kann die Schatten übersehen, die sich mehr und mehr auf die Zukunft unseres Landes legen. Woche für Woche verlassen Hunderte – meist junge Menschen – Thüringen auf der Suche nach einer ausreichend bezahlten Stelle. Jedes vierte Kind lebt am Rand der Armut. Das bisherige Schulsystem sortiert aus – statt allen die gleichen Chancen zu geben.

Wir – die Thüringer SPD – setzen auf eine Politik des Zusammenhalts. Wir stoppen das weitere Auseinanderfallen unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass es in Thüringen gerecht zugeht. Wir sorgen dafür, dass jeder die bestmöglichen Chancen bekommt. Wir sind überzeugt: Nur eine sozial gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft.

Gerechtigkeit braucht klare Regeln. Aber sie braucht vor allem Menschen, die sich tagtäglich dafür einsetzen. Überall gibt es Thüringerinnen und Thüringer, die sich engagieren wollen: In unseren Städten und Dörfern. In der Wirtschaft. In den Hochschulen. In unseren Kindergärten. In den Kirchen. In Vereinen und Verbänden. In den Gewerkschaften. In Bürgerinitiativen.

Vor 20 Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Kraft gezeigt, die Mauern eines Unrechtssystems zu Fall zu bringen. Die Idee eines demokratischen Neuanfangs hat uns alle beflügelt.

Doch auch Enttäuschungen haben sich auf unserem Weg eingestellt – weil manche Versprechen von einer harten Wirklichkeit eingeholt wurden.

Viele schauen skeptisch auf die Entwicklung unseres Wirtschaftssystems. Die Bankenkrise, die in den USA begann und dann weltweit die Wirtschaft in Probleme stürzte, nährt die Zweifel. Kann Politik die Exzesse der entfesselten Märkte stoppen und dem Finanz- und Wirtschaftssektor eine neue Ordnung geben? Wir sagen: Ja! Wir wollen eine soziale Marktwirtschaft. Nicht der Markt bestimmt die Gesetze. Die Macht geht nach unserer Verfassung vom Volk aus. Wir werden den Finanzmärkten feste Regeln geben. Nicht das schnelle Geld bestimmt die Welt – wir brauchen langfristige Perspektiven, denen sich Gewinnstreben unterordnen muss.

Tausende sehen, wie ihre Nachbarn zusammenpacken und das Land verlassen. Lässt sich dieser Abwanderung aus Thüringen endlich etwas entgegensetzen? Wir sagen: Ja, wir schaffen das. Neue Arbeitsplätze, gute Löhne und ein Mindestlohn als Schutzgrenze sind möglich.

Die meisten haben gehört oder selbst erfahren, dass unser Bildungssystem ungerecht ist. Aber lässt sich das ändern? Unsere Antwort: Ja, wir schaffen das. Es ist sogar dringend notwendig. Denn gute Bildung entscheidet über die Zukunft unseres Landes.

Mancher fragt sich, ob wir die Zukunft unserer Umwelt ausreichend im Blick haben. Die Erde erwärmt sich durch Treibhausgase in der Luft. Wetterextreme nehmen zu. Auch bei uns droht sich das Klima spürbar zu wandeln. Wir können das noch ändern. Dabei wird sogar eine ganz neue Industrie entstehen. Umweltschutz und neue Arbeitsplätze lassen sich in Einklang bringen.

Einige warten noch ab. Sie fragen sich: Kann die SPD so viele Wählerinnen und Wähler überzeugen, um die Verantwortung in diesem Land zu übernehmen? Die Antwort ist: Ja, wir schaffen das! Mit unserem Regierungsprogramm und unseren Kandidatinnen und Kandidaten zeigen wir, was wir in der Praxis besser machen können.

Wir wollen 20 Jahre nach der Wende neuen Mut wecken. Wir wollen zeigen, dass Freiheit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung keine Widersprüche sind.

Zu unserer Verantwortung gehört, dass auch die Generationen nach uns einen Lebensstil wählen können, der ihren Bedürfnissen gerecht wird. Besonnene Regeln in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen sind dafür die Voraussetzung: keine Raubökonomie, sondern eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft.

Wir sind Partner der Menschen in diesem Land. Das Klima schleichender Entmutigung wollen wir aufbrechen. Dafür legen wir ein berechenbares Regierungsprogramm für die Jahre 2009 bis 2014 vor. Unsere Zusage gilt:

- Wir verbessern die Chancen unserer Kinder. Wir bekämpfen Kinderarmut und sorgen für ein gerechtes Bildungssystem mit längerem gemeinsamen Lernen und individueller Förderung.
- Familien können sich darauf verlassen, dass wir ihren Wunsch nach besserer Kinderbetreuung umsetzen. Wir investieren wieder in gute Kindergärten und motiviertes Personal.
- Wir stärken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und setzen alle Möglichkeiten ein, um Arbeitsplätze zu sichern. Wir kämpfen für bessere Gehälter und garantieren einen gesetzlichen Mindestlohn. Häufig sind es Frauen, die unter schlecht bezahlter Arbeit leiden müssen. Sie sollen wieder echte Perspektiven in Thüringen haben.
- Gemeinsam mit der Thüringer Wirtschaft erarbeiten wir einen „Thüringer Zukunftsatlas“ und einen Fachkräftemonitor. Wir ermitteln die Potenziale und lenken die Förderung gezielt an die Stellen, an denen Bedarf ist. Bei der Suche nach guten Fachkräften lassen wir die Unternehmen nicht allein und fördern gleichzeitig neue Aufstiegschancen für die Beschäftigten.
- Wir sorgen für bezahlbare Energie und Klimaschutz. Das wird möglich, wenn wir regenerative Energieerzeugung vor Ort stärken und alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung nutzen. Stadtwerke und kommunale Energieerzeuger sind für uns enge Partner. Gemeinsam schließen wir einen Zukunftspakt „Energie für Thüringen“. Innerhalb von 10 Jahren erhöhen wir den Anteil der erneuerbaren Energien auf mindestens 40 Prozent.
- Wir beenden das Chaos in der Inneren Sicherheit. Wir sorgen für mehr Polizei auf der Straße und klare Dienstregeln. Wir stärken das Vertrauen der Bürger in ihre Polizei wieder. Dabei werden wir die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen.
- Thüringen wird älter. Wir achten auf die Interessen von Seniorinnen und Senioren. Wir sorgen für altersgerechte Wohnbedingungen und fördern den Zugang Älterer zum öffentlichen Leben – zum Beispiel durch einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr und durch neue Mitspracherechte der Seniorenvertretungen. Das Thüringer Gesundheitswesen richten wir auf die Herausforderung einer älter werdenden Gesellschaft aus und sorgen für ein besseres Ärzteangebot und für mehr Pflegekräfte in Krankenhäusern und allen pflegenden Einrichtungen.
- Thüringens Städte und ländliche Regionen entwickeln wir gemeinsam. Wir ermöglichen den Städten, ihre zentralen Funktionen zu erfüllen. Für den ländlichen Raum schaffen wir neben der Nahrungsmittelerzeugung neue Wachstumsmöglichkeiten durch Energiewirtschaft und naturnahen Tourismus. Wir stimmen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen bei der Verwaltung neu ab und sichern damit bezahlbare Strukturen.

Die derzeitige Landesregierung der CDU hat keine Kraft mehr, dieses Land in eine bessere Zukunft zu führen. Die vergangenen Jahre haben das offenbart.

Jetzt kommen neue Herausforderungen auf uns zu: Die öffentlichen Mittel werden knapper. Die Zuweisungen aus dem Solidarpaket II sinken, EU-Beihilfen gehen zurück, schwindende Einwohnerzahlen verringern den Anteil am Länderfinanzausgleich. Auch darauf hat die CDU-Regierung keine Antwort.

Wer alles verspricht, wird nichts erreichen. Wir haben den Mut, uns klare Ziele zu setzen. Denn nur mit langem Atem können wir gemeinsam große Ziele erreichen. Wir verwirklichen dabei einen aktiven Staat, der in Problemlagen hilft und gleichzeitig absehbare Risiken aus dem Weg räumt. Drei Bereiche stehen für uns im Mittelpunkt: lernen, arbeiten, leben.

Damit wir ausreichend Kraft und die nötigen Finanzmittel haben, die Bürgerinnen und Bürger wieder stärker in ihrer Lebensgestaltung zu unterstützen, werden wir Thüringen in den kommenden Jahren neu ordnen. Wir gestalten unser Land. Gemeinsam. Sozial. Demokratisch.

2 LERNEN

Bildung ist der Ausgangspunkt. Mit Bildung beginnt unser Leben. Jedes Kind erkundet neugierig die Welt. Diesen natürlichen Drang zum Wissen in uns allen wollen wir beflügeln. Denn Bildung ist längst auch der Ausgangspunkt für das künftige Schicksal ganzer Regionen. Wir leben in einer Wissensgesellschaft. Ständig verändert sich unsere Welt und damit die Anforderungen an uns selbst.

Thüringen soll das Bildungsland Nummer 1 werden. Wir wollen exzellente Bildungspolitik zum Markenzeichen unseres Landes machen. Auf diesem Weg sind wir schon ein ganzes Stück vorangekommen. Jetzt sind weitere Schritte nötig. Die höchste Kompetenz in dieser Frage messen die Thüringerinnen und Thüringer dabei der SPD zu – das erfahren wir aus den offiziellen Zahlen des Thüringen-Monitors 2008, einer regelmäßigen Studie der Landesregierung.

Wir werden mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll umgehen.

Unser Bildungskonzept umfasst alle Bereiche des Lernens. Wir investieren in gute Kindergärten. Wir garantieren erfolgreichen Schulunterricht und mehr Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung von Starken und Schwachen. Wir sorgen für attraktive Hochschulen, die Studenten ins Land ziehen. Und: Wir sichern die Ausbildung in betriebsnahen Berufsschulen. Für eine bessere Weiterbildung sorgen wir unter anderem mit einem Bildungspakt von Land, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie durch ein Freistellungsgesetz.

2.1 FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Auf den Anfang kommt es an. Das wusste schon Friedrich Fröbel, als er 1840 in Bad Blankenburg den ersten Kindergarten gründete. Von Thüringen aus ging seine Idee frühkindlicher Bildung um die Welt.

Wir wollen Thüringen wieder zum Heimatland erstklassiger Kinderbetreuung und hervorragender frühkindlicher Bildung machen. Die CDU-Landesregierung hat in den vergangenen Jahren mehr als 100 Millionen Euro bei den Kindergärten und -krippen gekürzt. Eltern und Kommunen wurden im Regen stehen gelassen: Die Gebühren steigen, Erzieherinnen und Erzieher mussten entlassen werden. Einige Kindergärten schlossen ganz. Wir garantieren bessere Bedingungen:

- Wir bürgen wieder für eine angemessene Landesförderung für Kinderkrippen und Kindergärten. Jedes Kind bekommt einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Mit 2.000 zusätzlichen Stellen ermöglichen wir den Einrichtungen, die wachsenden Bildungsaufgaben in Angriff zu nehmen. Die weiterreichenden Vorhaben unserer Familienpolitik beschreibt der Programmpunkt „LEBEN/Unterstützung von Familien mit Kindern“.

- Mit der Einführung des Thüringer Bildungsplanes für Kinder bis 10 Jahre haben insbesondere Kindertageseinrichtungen eine neue verbindliche Arbeitsgrundlage erhalten. Er stellt ein umfassendes Konzept frühkindlicher Bildung dar und lässt genug Freiraum fürs Spielen. Frühkindliche Bildung ist für uns noch kein Schulunterricht. Wir sorgen für die notwendigen Rahmenbedingungen zur praktischen Umsetzung des Bildungsplans.
- Kindertageseinrichtungen, Tagespflegerpersonen, Eltern und Grundschulen erhielten mit dem Bildungsplan grundlegende Orientierungen für ihre Zusammenarbeit. Wir setzen uns insbesondere für die Vernetzung von Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangeboten sowie für die erfolgreiche Bewältigung von Übergängen zwischen den Erziehungspartnern ein.
- Kindertageseinrichtungen sind Bildungsorte. Aus der erweiterten Bildungsfunktion der Kindertagesstätten erwachsen beträchtliche neue Anforderungen für die Erzieherinnen und Erzieher. Darum heben wir durch neue Ausbildungsgänge und durch Weiterbildungsangebote ihre Ausbildung schrittweise auf Fachhochschulniveau. Wir bemühen uns, zunehmend auch Männer als Fachkräfte zu gewinnen.

2.2 GUTE SCHULE

Thüringen schneidet dank engagierter Lehrerinnen und Lehrer bei Bildungsvergleichen gut ab. Das ist eine wertvolle Ausgangsbasis, die wir durch mehr individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers noch verbessern wollen.

Die schwerwiegenden Probleme unseres Schulsystems zeigen sich an anderen Stellen. Der Kindersozialbericht der Universität Jena, der im Auftrag der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag entstand, listet den Handlungsbedarf auf: Noch immer bestimmt die Herkunft die Zukunft – und nicht die Leistung. Kinder aus sozial schwachen Familien haben trotz guter Noten schlechtere Chancen, auf das Gymnasium zu wechseln. Noch immer verlassen zu viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Und: Thüringen schiebt zu viele Kinder in Förderschulen ab – in Deutschland halten wir damit einen traurigen Rekord.

Das ist unser Programm, mit dem wir schulische Bildung und soziales Lernen in Thüringen stärken und bessere Bedingungen für die Thüringer Pädagogen schaffen:

- Unser Hauptziel ist ein leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem. Die Thüringer Gemeinschaftsschule mit individueller Förderung und gemeinsamem Lernen aller Schüler bis einschließlich Klassenstufe 8 wird unser neues Angebot an Eltern, Schüler und Pädagogen. Wir wollen schrittweise die Förderschulen durch Integration von Kindern mit Handicaps so weit es geht überflüssig machen. Lehrerinnen und Lehrer wollen wir auch durch den Einsatz von ausgebildeten Förderschullehrern und sonderpädagogischen Fachkräften an allen Schulen in Thüringen entlasten. Sozialpädagogen ergänzen die Lehrerkollegien und konzentrieren sich auf die soziale und psychosoziale Betreuung der Schülerinnen und Schüler.
- Die Ganztagsangebote bauen wir bedarfsgerecht weiter aus. Das unterstützt Familien, aber hilft auch beim individuellen Lernen. Wir haben uns auf Bundesebene für das erfolgreiche Programm zum Ausbau der Ganztagschulen stark gemacht. Von 2003 bis 2008 flossen in Thüringen 114,5 Millionen Euro in ihren Ausbau. Jetzt setzen wir uns dafür ein, dass das Programm fortgesetzt wird. Zur Ganztagschule gehört auch ein gesundes, kostenfreies Mittagessen. Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen (siehe: „Leben/Unterstützung von Kindern und Jugendlichen“).
- Wir wollen nationale Bildungsstandards für alle Klassenstufen. So stellen wir sicher, dass alle Kinder in Deutschland nach einem einheitlichen Rahmen unterrichtet werden und Abschlüsse vergleichbar sind. Nationale Standards sichern Vergleichbarkeit zwischen den Ländern und erleichtern einen Schulwechsel – egal ob ein Kind zuvor in Erfurt oder Stuttgart in die Schule ging
- Die CDU-Landesregierung hat bei der Oberstufenreform versagt. Wir werden mittelfristig mehr Wahlfreiheit für die Kursbelegung und die Wahl der Prüfungsfächer in der gymnasialen Oberstufe ermöglichen.
- Wir geben den Schulen im Rahmen der nationalen Bildungsstandards mehr pädagogische Eigenverantwortung. Sie bekommen die Möglichkeit für eigene Profile und selbst erstellte Schulprogramme.
- Mehr Eigenverantwortung bekommen die Schulen auch bei der Organisation des Schullebens. Wir geben ihnen ein eigenes Schulbudget und erlauben den Abschluss von Rechtsgeschäften. Die Schule bekommt

deutlich mehr Kompetenzen bei Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung. Gleichzeitig stärken wir die Schulkonferenz und damit die Mitwirkung der Eltern und Schüler.

- Die Verbindung von Schule und Betrieben knüpfen wir enger. Eine fächerübergreifende Vermittlung arbeitswelt- und wirtschaftsbezogener Inhalte sorgt dafür. Projektunterricht, Betriebspraktika, Berufsorientierung, Berufswahlvorbereitung und Berufsberatung bekommen mehr Bedeutung.
- Die Schulen sind Teil der Gesellschaft und sollen stärker in Austausch mit unterschiedlichen Akteuren treten. Wir wollen Schule für gesellschaftliches Engagement öffnen. Deshalb werden wir die Beteiligung von Gewerkschaften und Sozialverbänden im Unterricht stärken. Wir fördern darüber hinaus die Kooperation von Schulen mit künstlerischen Einrichtungen und Initiativen.
- Globalisierung und europäische Integration führen zu wachsenden Anforderungen, mit sprachlicher und kultureller Vielfalt umzugehen und sich auf Mobilität einzustellen. Wir unterstützen entsprechende Maßnahmen, wie bilingualen Unterricht, internationale Vernetzung der Schulen, Austauschprogramme – und zwar für alle Schularten.
- Eine bessere Lehrerbildung ermöglichen wir durch stärkeres Vermitteln umfassender pädagogischer Kompetenzen und frühen Praxisbezug im Studium. Auch im Grundschulbereich ist es wichtig, sich verstärkt um den Einsatz von männlichen Lehrkräften zu bemühen.
- Wir wenden uns gegen eine Hierarchisierung der unterschiedlichen Lehrämter. Für uns sind alle Pädagogen gleich wichtig und gleichwertig – egal, ob es sich um Grundschul-, Regelschul- oder Gymnasiallehrer handelt. Daher setzen wir uns für eine gleich lange Studiendauer und gleichwertige Studienabschlüsse für alle Lehrämter ein. Zugunsten einer altersstufenbezogenen und an individuellen Lernbedürfnissen orientierten Lehrerbildung verabschieden wir uns vom überholten schulartbezogenen Lehramtsstudium. Auch dies ist ein wichtiger Schritt zur Überwindung des gegliederten Schulsystems.
- Wir machen keine Unterschiede zwischen verbeamteten und angestellten Lehrerinnen und Lehrern. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir einen Weg suchen, die Ungleichbehandlung in den Lehrzimmern abzubauen.
- In den kommenden zehn Jahren gehen mehr als 8.000 Lehrerinnen und Lehrer altersbedingt in den Ruhestand. Das sind rund 40 Prozent der Lehrerschaft. Die CDU-Landesregierung ignoriert diese Entwicklung. Wir müssen heute mehr junge Lehrer einstellen, sonst werden wir morgen die Lücke nicht mehr schließen können. Den Lehramtstudierenden an den Thüringer Hochschulen machen wir deshalb nach erfolgreichem Studium ein Übernahmeangebot, um den Nachwuchs hier im Land zu halten. Zurzeit wandern fast alle ab.

2.3 BERUFLICHE BILDUNG

Eine solide Berufsausbildung sichert Zukunft. Was für jeden Einzelnen gilt, bewahrheitet sich auch für ganz Thüringen. Der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften wird in den kommenden Jahren wachsen. Damit erhöhen sich die Anforderungen an die Thüringer Ausbildungsbetriebe und Berufsausbildungseinrichtungen.

Wir wollen die duale Ausbildung mit bundesweit anerkannten Abschlüssen als wesentlichen Bereich der Berufsausbildung ausbauen und in ihrer Qualität verbessern. Dazu ist es wichtig, ein zukunftsfähiges Berufsschulnetz zu sichern. Seit Langem ist klar, dass die bestehenden Berufsschulstrukturen unter Druck geraten. Bis 2010 wird sich die Zahl der Schulabgänger im Vergleich zu 2000 halbiert haben, errechnete ein Gutachten des Thüringer Kultusministeriums.

Die CDU-Landesregierung ignoriert das Problem. Sie lässt die Berufsschulen und Kommunen in ihrer Bedrängnis allein. Wir stärken die Berufsausbildung und sichern den Fachkräftenachwuchs:

- Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung werden konsequent an allen Thüringer Schulen angeboten. Die Zugänge zu beruflicher Bildung und Ausbildung für leistungsschwächere Jugendliche werden durch Förderangebote gezielt verbessert.
- Jeder Jugendliche erhält einen Ausbildungsplatz. Individuelle Fähigkeiten und der Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt werden dabei berücksichtigt.

- Die Ausbildung nach verschiedenen Berufsbildern werden wir erhalten. Eine Modularisierung der Berufsausbildung lehnen wir ab. Um unser Ziel zu erreichen, bauen wir auf ein neues Stufenmodell der dualen Ausbildung: Der erste Ausbildungsabschnitt vermittelt grundlegende Qualifikationen und Kernkompetenzen der Berufsgruppe und umfasst mindestens ein Jahr. Im zweiten Ausbildungsabschnitt folgen profilgebende Kompetenzen des Zielberufs. Die Vorteile: Durch das Bündeln von Ausbildungszweigen in Phase 1 können betriebsnahe Berufsschulstandorte erhalten bleiben. Das Auswahlangebot der Phase 2 öffnet darüber hinaus den Weg zu berufsbegleitendem Lernen, da aus den Angeboten später weitere Qualifikationen nachgeholt werden können.
- Berufsschulen sollen sich auch Schritt für Schritt zu regionalen Zentren der Fort- und Weiterbildung entwickeln. Berufliche Gymnasien verbessern die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Regelschulabsolventen, sie sollen entsprechend weiter ausgebaut werden.
- Wir entwickeln den Ausbildungspakt der Landesregierung zu einem Thüringer Bildungspakt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen – von der beruflichen Orientierung über die Berufsausbildung bis hin zur lebenslangen Qualifizierung – jedem Ausbildungs- und Qualifizierungswilligen realistische Chancen gegeben und so der Fachkräftenachwuchs gesichert werden.

2.4 HOCHSCHULE

Thüringen verfügt über eine leistungsfähige Hochschullandschaft mit Universitäten in Erfurt, Ilmenau, Jena und Weimar, der Musikhochschule in Weimar und Fachhochschulen in Erfurt, Jena, Nordhausen und Schmalkalden. Die derzeitige Struktur ist maßgeblich unter der Verantwortung von Sozialdemokraten entstanden. Darauf sind wir stolz.

Wir werden an diese gute Tradition anknüpfen und die Thüringer Hochschulstandorte weiterentwickeln. Attraktive Hochschulen besitzen eine doppelte Bedeutung. Sie sind Orte der geistigen Begegnung und Impulsgeber für das Land. Auch die Wirtschaft kann durch diese Anregungen Gewinn erzielen und gemeinsame Innovationen in Markterfolge übersetzen. Die zweite Bedeutung der Hochschulen erwächst aus ihrer Rolle als Anziehungsmagnet für junge, motivierte Menschen. Wir wollen, dass möglichst viele Studenten den Weg nach Thüringen finden und anschließend hier bleiben, weil sie spannende Perspektiven für sich erkennen können.

So sorgen wir für die Hochschul- und Forschungslandschaft der Zukunft:

- Wir brauchen attraktive Hochschulen und wollen, dass alle unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern studieren können. Wir sorgen dafür, dass für ein Studium keine Gebühren erhoben werden. Wir erheben auch keinen Verwaltungskostenbeitrag. Diese Vorstufe zu Studiengebühren der CDU-Landesregierung schaffen wir ab.
- Wir ermöglichen den Hochschulzugang auch aus geeigneter beruflicher Qualifizierung heraus und sorgen für bundeseinheitliche Regelungen zur Hochschulzulassung sowie zur Ausgestaltung von Studienabschlüssen.
- Wir sorgen für einen Ausbau des BAföG. Daher setzen wir uns für einen jährlichen Inflationsausgleich des BAföG ein. Langfristig setzen wir uns für ein elternunabhängiges und bedarfsgerechtes BAföG ein.
- Den Zusammenhang von Forschung und Lehre wollen wir stärken. Studierenden eine gute Lehre und eine gute Betreuung anzubieten, bleibt für uns eine Kernaufgabe der Hochschulen.
- Die Studienplatzkapazität in Thüringen wollen wir trotz deutlich sinkender eigener Abiturientenzahlen erhalten. Wir stehen außerdem für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Hochschulstandorte Thüringens. Mit attraktiven Studienbedingungen überzeugen wir Studierende aus anderen Ländern nach Thüringen zu kommen, denn dies ist eine der wenigen Möglichkeiten, aktiv für Zuwanderung junger Menschen zu sorgen. Wir verbinden unser Vorhaben mit einem Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung. Wir wollen einen Vorteilsausgleich zwischen den Ländern einführen. Der Grundgedanke ist, dass jedes Land für seine Studierenden aufkommt – egal welche deutsche Hochschule sie besuchen.
- Wir erweitern die Programme für ausländische Studierende.
- Wir setzen uns für die Stärkung der demokratischen Mitspracherechte an Hochschulen ein.

2.5 WEITERBILDUNG

Die Beschwörung des lebenslangen Lernens begleitet seit Jahren die Debatte über die neue Wissensgesellschaft. Innerhalb von kurzer Zeit ist der einmal gelernte Wissensbestand überholt. Neue Erkenntnisse und Verfahren haben sich dann durchgesetzt.

Wir werden in der weiteren Debatte nichts gewinnen, wenn keine konkreten Schritte folgen. Das sind unsere Maßnahmen:

- Jeder muss die Möglichkeit haben, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben, ganz egal, ob er den Ausweg sucht aus einer Sackgasse, in die er im Laufe seines Lebens geraten ist, oder ob er damit einen erfolgreichen Berufsweg fortsetzen will.
- Mit einem Bildungsfreistellungsgesetz schaffen wir eine klare Rechtsgrundlage für alle Arbeitnehmer und Auszubildenden. Der Bildungsurlaub dient der persönlichen Weiterbildung. Der Anspruch soll bis zu fünf Kalendertage im Jahr umfassen. Arbeitgeber können beim Land eine Erstattung des weiterzuzahlenden Lohnes beantragen.
- Bei der Neuausrichtung der berufsbildenden Schulen entwickeln wir diese zu regionalen Zentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung. In den Hochschulen wird die akademische Weiterbildung ausgebaut.
- Darüber hinaus fördern und unterstützen wir die allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung. Besonders wichtig sind uns der Erhalt und die Weiterentwicklung der Volkshochschulen und anderer etablierter Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

3 ARBEITEN

Arbeit sichert Lebensunterhalt. Arbeit ist Selbstverwirklichung. Arbeit schafft Wohlstand und eröffnet Teilhabe an der Gesellschaft.

Unser Ziel bleibt es, allen Menschen in Thüringen eine Arbeit zu ermöglichen, die einen gerechten Lohn garantiert. Drei große Herausforderungen liegen vor uns:

1. Durch die weltweite Wirtschaftskrise sind auch etablierte und wettbewerbsfähige Unternehmen aus Thüringen ohne eigene Schuld in Gefahr geraten. Hier muss der Staat helfen, um insbesondere unsere industriellen Kerne zu erhalten. Mit Bürgschaften und Zukunftsinvestitionen wollen wir die Konjunktur stützen und Arbeitsplätze sichern. Mit einer Qualifizierungsoffensive stärken wir gleichzeitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
2. In Thüringen gibt es viele erfolgreiche Unternehmen mit motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber: Die wirtschaftliche Dynamik insgesamt reicht noch nicht aus für ein sich selbst tragendes Wachstum. Dem Freistaat fehlen rund 120.000 Arbeitsplätze, um auf die gleiche Beschäftigungsdichte wie in Westdeutschland zu kommen. Weitere Wachstumsimpulse und zusätzliche Investitionen sind deshalb nötig. Wir brauchen dafür einen Zukunftsatlas, der uns zeigt, wo sich Investitionen langfristig lohnen.
3. Die Folgen der Abwanderung und des Geburtenrückgangs spitzen sich in den kommenden Jahren bedrohlich zu. Schon bald droht in Thüringen eine völlig widersprüchliche Situation: Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, ein Mangel an Fachkräften auf der anderen Seite. Wir brauchen einen Bildungspakt gegen den Fachkräftemangel.

Die wichtigste Aufgabe wird es sein, den neuen Aufbruch so zu gestalten, dass kurzfristig notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und langfristig notwendige Entwicklungen miteinander im Einklang stehen. Kurzfristige Investitionen dürfen nicht verpuffen. Zusätzliche Programme müssen auf die Zukunft des Landes ausgerichtet sein.

Wenn es um die Entwicklung Thüringens geht, haben wir die Situation der Beschäftigten fest im Blick. Sie entscheiden genauso wie Unternehmer über die Zukunft des Landes. Viele haben in den letzten Jahren mit den Füßen abgestimmt.

Die Billiglohn-Strategie, auf die die CDU-Landesregierung setzt, schadete dem Land. Thüringen ist Schlusslicht bei den Löhnen in Deutschland. Gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wandern deshalb ab. Wir wollen das ändern – durch attraktive Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn als untere Auffanglinie. Davon profitieren alle.

3.1 ZUKUNFTSTRATEGIE FÜR WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Thüringen ist traditionell das ostdeutsche Bundesland mit dem höchsten Anteil an Industriearbeitsplätzen. Das ist eine gute Basis, aber eine gute Quote bei Industriearbeitsplätzen allein reicht nicht. Jetzt muss der Aufbau weitergehen – mit zusätzlichem Schwung. Die CDU-Landesregierung verantwortet die geringste Arbeitsplatzdynamik aller neuen Länder. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern sind zwischen 2005 und 2009 prozentual mehr Arbeitsplätze entstanden als in Thüringen. Die niedrigen Arbeitslosenzahlen bei uns beruhen vor allem darauf, dass viele Pendler in angrenzenden Bundesländern Arbeit finden.

Nachholbedarf besteht bei der strategischen Ausrichtung der Thüringer Wirtschafts- und Industriepolitik. Analysen legen nahe, dass es bislang nur zum Teil gelungen ist, eine moderne Wirtschaftsstruktur in Thüringen aufzubauen. Die Produktivität ist insgesamt deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Wir richten den Blick gezielt voraus:

- Wir legen einen Zukunftsatlas Thüringen vor. In diesem Zukunftsatlas analysiert ein externes Expertengremium die Wachstumspotenziale sowie den Bedarf an Fachkräften und die benötigte Forschungsunterstützung der Zukunftsbranchen. Die Analyse schreiben wir regelmäßig fort. Gleichzeitig tarieren wir die Grundsätze der Förderung neu aus: Künftig gibt es neben der Basisförderung ein Zuschlagssystem in den Schwerpunktbereichen.
- Wir identifizieren die Stärken unserer Regionen. Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort erarbeiten wir regionale Entwicklungskonzepte bzw. entwickeln diese weiter. Das ist der erste Schritt, die Stärken unserer Regionen gezielt auszubauen. Strukturschwachen Regionen wollen wir besonders helfen, eigene Entwicklungsprofile zu entwerfen. Ein bewährter Ansatz ist das InnoRegio-Modell. Wir greifen die Idee des ausgelaufenen Bundesprogramms zur Innovationsförderung und Clusterbildung auf und nutzen die guten Erfahrungen für ein neues Landesprogramm mit der gleichen Zielsetzung.
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Thüringen ist maßgeblich von der Erweiterung, dem Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur abhängig. Die CDU-Landesregierung hat es zu verantworten, dass Thüringen von dieser Entwicklung weitgehend abgekoppelt ist und hat insbesondere den ländlichen Raum im Freistaat zu einer Breitbandwüste gemacht. Fördermittel wurden nicht abgerufen und wiederholten Ankündigungen einer sogenannten „Breitband-Initiative“ folgten keine Taten. Das ändern wir und setzen uns für einen konsequenten flächendeckenden Ausbau von mobilen und leitungsgebundenen Breitbandnetzen ein. Unser Ziel ist ein schneller und bezahlbarer Zugang zum Internet für jedermann.

3.2 FACHKRÄFTE-NACHWUCHS

Die nächsten sechs Jahre sind entscheidend. Bis 2015 werden in Thüringen 100.000 neue Fachkräfte gebraucht. Das ist die Prognose einer wissenschaftlichen Studie, die von der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag in Auftrag gegeben wurde.

Der Bedarf an gut ausgebildetem Nachwuchs sowie motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich weiterbilden, wird spürbar wachsen. Auf diese Entwicklung müssen wir vorbereitet sein, sonst reist eine Lücke auf, die die schöpferische Kraft unseres Landes gefährdet. Denn mit dieser Frage entscheidet sich das weitere wirtschaftliche Wachstum unseres Landes. Nur mit ausreichend motivierten und gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können die vorhandenen Unternehmen expandieren und werden sich neue Investoren ansiedeln.

Wir sichern ausreichend Fachkräfte für einen neuen Aufschwung in Thüringen und bieten damit neue Aufstiegschancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- Wir bauen ein Fachkräfte-Monitoring in den einzelnen Regionen und Branchen auf. Damit können wir Angebot, Bedarf und Nachfrage besser aufeinander abstimmen und Aus- bzw. Fort- und Weiterbildungsangebote passgenau anbieten.

- Kleine Unternehmen werden wir gezielt bei der Personalplanung und dem Qualifizierungsbedarf beraten.
- Wir verstärken die Initiativen zur Beschäftigung Älterer. Damit nutzen wir jahrelange Berufserfahrungen in den Unternehmen. Eine auch auf Dauer erfolgreiche Wirtschaft kann es aus unserer Sicht nur mit motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geben. Wir schützen ihre Rechte und Interessen.
- Land, Wirtschaft und Gewerkschaften verbünden wir mit einem gemeinsamen Bildungspakt. Gute Kindergärten, erfolgreiche Schule, sichere Ausbildung, gute Weiterbildung – das sind die zentralen Säulen unseres Bildungspaktes, mit dem wir den bisherigen Ausbildungspakt fortschreiben. Die konkreten Angebote einer SPD-Landesregierung sind im Programmpunkt LERNEN benannt.

3.3 FORSCHUNG UND INNOVATION

Sichere Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum beruhen mehr denn je auf dem erfolgreichen Zusammenspiel von unternehmerischer Kreativität und wissenschaftlicher Forschung. Aufgabe der Politik ist es, für dieses Zusammenspiel hilfreiche Spielregeln festzulegen und die finanziellen Rahmenbedingungen bereitzustellen. Denn es gibt Aufgaben in Forschung und Entwicklung, die selbst größere Unternehmen überfordern: weil Budget und Risiko zu groß sind oder weil wie in der Grundlagenforschung der künftige Gewinn zu unsicher ist und zu weit in der Zukunft liegt. Hier kann die staatliche Förderung von Forschungsprojekten, Forschungsverbänden und Forschungseinrichtungen wirksame Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen, z. B. über die von Bund und Ländern finanzierten Helmholtz-, Fraunhofer- oder Max-Planck-Institute. Thüringen hat in diesem Bereich noch großes Entwicklungspotential. Das wollen wir freisetzen.

Die Thüringer Wirtschaft ist geprägt durch kleine und mittlere Unternehmen. Bei allem Erfindungsreichtum fehlt ihnen häufig die Kapazität für eigenständige Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Aber Forschung und Entwicklung sind die Voraussetzungen für den Markterfolg von morgen. Deswegen wollen wir die Innovationsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen verbessern. Wir helfen diesen Firmen, eigenständig oder in Kooperation mit anderen Unternehmen Forschung und Entwicklung zu betreiben. Außerdem unterstützen wir sie in der Zusammenarbeit mit den Thüringer Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie den gemeinnützigen Industrieforschungsgesellschaften.

Thüringen braucht dringend einen neuen Aufbruch in der Forschungspolitik: Zurzeit hat Thüringen keinen Landesforschungsplan, der Landeshochschulplan ist noch immer auf dem Stand von 2001. Wir werden gemeinsam mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine moderne Forschungsstrategie entwickeln.

- Wir bauen die Verbundforschung aus – ein Instrument, das sich bereits bewährt hat. Neben der Vernetzung von Forschungseinrichtungen mit mittleren und kleinen Unternehmen werden wir auch die Beratung und Unterstützung von Existenzgründern im Hightech-Bereich ausbauen. Gleichzeitig muss mehr Wert auf die Verwertung von in Thüringen entwickelten Patenten gelegt werden. Dafür werden wir mit einem Thüringer Forschungsfonds die notwendigen Strukturen schaffen. Durch diese Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass Forschung schneller in innovative Produkte umgesetzt wird.
- Wir wollen die Bildung, Stärkung und Erweiterung von Netzwerken und Clustern in Thüringen weiter voranbringen. Zusammen mit der Thüringer Wirtschaft werden wir in besonders zukunftsorientierten Technologiefeldern die bestehenden Fördermöglichkeiten ausweiten, um mit Hilfe von technologieorientierten Cluster-Initiativen die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft in Schlüsseltechnologiefeldern zu erhöhen.
- Forschungspolitik orientiert sich für uns nicht allein an technischen Neuerungen. Wir werden auch Themen wie „Gute Arbeit“ und „Innovationen in einer modernen Arbeitswelt“ in der Forschung ausbauen. Gute Arbeitsbedingungen und moderne Arbeitsorganisation sind in hohem Maße relevant für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen. Humane Arbeitsbedingungen sind darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und deren Fähigkeit, auch in höheren Lebensaltern noch leistungsfähig zu sein.

3.4 INVESTITIONEN UND ANSIEDLUNGEN

Nach den aktuellsten Zahlen ist die Investitionstätigkeit in Thüringen gegenüber dem Jahr 2000 um fast ein Drittel zurückgegangen. Der Vergleich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, dass die Investitionen des Unternehmenssektors in Thüringen den schlechtesten Wert aller ostdeutschen Bundesländer aufweisen. Das muss sich wieder ändern.

Neben der Unterstützung vorhandener Unternehmen und der Förderung von Existenzgründungen oder Betriebsübernahmen brauchen wir auch weiterhin Investitionen und neue Ansiedlungen.

Wir sorgen für bessere Bedingungen:

- Wir starten eine Offensive „Investieren in Thüringen“, die gezielt die Zukunftsbranchen anspricht.
- Die Investitionszulage hat sich bewährt. Wir haben für eine Verlängerung bis 2013 gesorgt. Wir wollen dieses zuverlässige Instrument für Wachstum und Arbeitsplätze erhalten. Die Investitionszulage muss auch über das Jahr 2013 hinaus erhalten bleiben. Wir brauchen solche speziellen Wachstumsimpulse, bis Thüringen einen vergleichbaren Stand der Beschäftigten wie in den alten Bundesländern erreicht hat.
- Wir sorgen dafür, dass in Thüringen alle beim Bund oder bei der EU zur Verfügung stehenden Fördermittel für Thüringen auch abgerufen werden. Wir können es uns nicht leisten, weiterhin Millionen Euro zu verschenken.
- Wo es geht, wollen wir Fördermittel langfristig im Umlauf lassen. Wir werden deshalb weitere Fonds, die bisher einmalige Zuschüsse ausgegeben haben, zu Kreditfonds weiterentwickeln. So können wir ergänzende Förderdarlehen und Bürgschaften anbieten. Rückzahlungen stehen dann für neue Projekte wieder zur Verfügung. Mit diesen revolvingierenden Fonds sichern wir trotz absehbar zurückgehender EU-Mittel wichtige Bereiche der Wirtschaftsförderung. Neue Ansiedlungen werden wir aber aus Wettbewerbsgründen weiter mit Zuschüssen fördern.

3.5 GEORDNETE STRUKTUREN

Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Freistaates klar strukturieren. Schon vor mehr als fünf Jahren beklagte die Industrie- und Handelskammer Erfurt den Förderdschongel in Thüringen. Spürbar geändert hat sich seitdem nichts. Noch immer gibt es auf der Landesebene ein Wirrwarr aus Förderrichtlinien und Anlaufstellen.

Wir machen die Strukturen der Wirtschaftsförderung durchschaubar und sorgen für berechenbare Regeln. Wir helfen Existenzgründern und unterstützen Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Nachfolgern bei der Weiterführung.

- Wir werden einheitliche Ansprechpartner anbieten. Bei ihnen erhalten Unternehmen alles, von notwendigen Genehmigungen bis zur Beantragung von Fördermitteln, aus einer Hand. Wir schaffen damit regionale Anlaufstellen mit Bündelungskompetenzen, die Unternehmen und Investoren vor Ort effektiv unterstützen und beraten. Die bisherigen Doppelstrukturen bauen wir dadurch ab. Die Analyse der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass eigenwillige Programme der Landesregierung wie „Thüringen Stipendium“, „Forschungsscheck“ und „Thüringen Kapital“ von der Wirtschaft kaum genutzt werden. Deswegen werden wir neben den Strukturen auch die Förderangebote wieder in Ordnung bringen.
- Wirtschaftsförderung ist ein wichtiges Instrument für die Unternehmen im Freistaat. Sie muss aber auch in den Unternehmen ankommen, die nachhaltig in der Region wirken und für die Beschäftigten vernünftige Arbeitsbedingungen sichern. Wir schaffen mehr Transparenz bei der Vergabe von Fördermitteln.
- Bürokratie reduzieren wir dort, wo es angebracht ist. Wir vereinfachen Verwaltungsabläufe und den Kontakt von Unternehmen und Bürgern mit den Behörden durch die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien. Die Thüringer Wirtschaft sehen wir auch als Partner bei der von uns gemeinsam geforderten Verwaltungs- und Gebietsreform.
- Wir sorgen für berechenbare Regeln bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Der überwiegende Teil der Vergaben überschreitet die so genannten EG-Schwellenwerte nicht. Mit unserem Mittelstandsfördergesetz erhalten die Auftragnehmer in Thüringen auch unterhalb dieser Schwellenwerte deutlich mehr Rechtssicherheit und Transparenz. Durch den Grundsatz der Losvergabe gleichen wir bestehende Nachteile kleiner und mittlerer

Unternehmen in Thüringen aus. Zudem wollen wir erreichen, dass öffentliche Aufträge auskömmlich sind. Die Beschäftigten müssen entsprechend der tarifvertraglichen Verpflichtungen angemessen entlohnt werden.

- Zusammen mit den Kammern werden wir Existenzgründungen gezielt unterstützen. Unternehmensgründungen bleiben wichtig für den Wirtschaftsraum Thüringen. Allen, die in der Wirtschaft Verantwortung übernehmen wollen, helfen wir auch auf eine andere Art. Tausende Thüringer Familienbetriebe stehen in den nächsten Jahren vor dem Aus, wenn kein geeigneter Nachfolger für die altersbedingte Betriebsübergabe gefunden werden kann. Wir helfen betroffenen Firmen, sich auf die Weiterführung der Unternehmen vorzubereiten. Gleichzeitig erstellen wir ein spezielles Internetportal. Hier finden Interessenten und Besitzer mit Übergabewunsch Kontakt zueinander. Damit soll der Fortbestand der Familienbetriebe ebenso gesichert werden, wie die dazugehörigen Arbeitsplätze.

3.6 ARBEITNEHMERRECHTE

Motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Leistungsträger in den Thüringer Unternehmen. Die SPD vertritt ihre Interessen. Das war so. Das bleibt so.

Die CDU-Landesregierung hat Politik auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht und Billiglohn viel zu lang als Standortvorteil verkauft. Diese Strategie ist falsch. Der ausbleibende Erfolg ist inzwischen offensichtlich. Thüringen ist seit Jahren Schlusslicht bei den Löhnen. Der versprochene Wachstumseffekt bleibt aber aus.

Die soziale Marktwirtschaft ist untrennbar mit sicheren Arbeitnehmerrechten verbunden. Wir festigen die Arbeitnehmerinteressen wieder:

- Wir wollen starke Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte. Nur so kann das Lohnniveau in Thüringen spürbar angehoben werden. Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften gesetzliche Möglichkeiten schaffen, um Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung der am Ort der Auftragsausführung geltenden Tarifverträge beziehungsweise der Mindestentgelte zu verpflichten.
- Wir halten an unserem Ziel fest, gesetzliche Mindestlöhne durchzusetzen. Erfahrungen bei unseren europäischen Nachbarn zeigen, dass diese ohne den Verlust von Arbeitsplätzen möglich sind.
- Leiharbeit darf kein Dauerzustand sein. Wir wollen, dass sich Leiharbeitsverhältnisse schnellstmöglichst in Normalarbeitsverhältnisse innerhalb des entsprechenden Unternehmens verwandeln. Leiharbeit darf auch nicht zum Regelfall werden! Sowenig Leiharbeit wie nötig und so viele Normalarbeitsverhältnisse wie möglich, ist unsere Losung. Sollte Leiharbeit doch einmal über einen längeren Zeitraum notwendig sein, so müssen nach einer angemessenen Einarbeitungszeit die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen (equal pay) gelten wie für die Stammbesellschaft. Leiharbeit muss unter den Schutz des Entsendegesetzes fallen. Auch Leiharbeit braucht Mitbestimmung. Der Einfluss der Betriebs- und Personalräte auf die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen aus den Zeitarbeitsfirmen muss erweitert werden.
- Wir verbessern die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden die Stellung der Betriebs- und Personalräte stärken und darauf achten, dass Arbeitnehmermitbestimmung gängige Praxis wird. Landeseinrichtungen und Landesunternehmen übernehmen dabei eine Vorreiterrolle.
- Die SPD-Landesregierung wird sich aktiv für betriebliche Mitbestimmung einsetzen. Gemeinsam mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften streben wir eine Kampagne zur Wahl von Betriebs- und Personalräten an.
- Sozialdemokratische Arbeitnehmerpolitik orientiert sich am Leitbild „Gute Arbeit“. Dabei knüpfen wir an eine lange und erfolgreiche Tradition der Humanisierung der Arbeit an und setzen angesichts der heutigen Bedingungen neue Akzente. Humane und innovative Arbeitsgestaltung dient der Zukunftssicherung der Thüringer Betriebe und hat deshalb einen großen Stellenwert für die SPD in Thüringen.

3.7 AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Für uns gehört eine aktive Arbeitsmarktpolitik dazu. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft stellen uns vor neue Herausforderungen. Aber auch der Rückblick auf den Auf-

schwung der vergangenen Jahre gibt keinen Anlass zur Entwarnung. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2008 hat Thüringen unter den neuen Ländern den deutlich höchsten Anteil von Langzeitarbeitslosen.

Wir zeigen neue Wege aus der Perspektivlosigkeit. Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik helfen wir betroffenen Erwerbslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, wieder in Arbeit zu kommen. Unser Thüringer Arbeitsmarktprogramm setzt in erster Linie auf Qualifizierung und Weiterbildung:

- Wir starten eine Qualifizierungsoffensive für Kurzarbeiter. Damit ein notwendiger Produktionsstopp nicht zu Massenentlassungen führt, hat der SPD-Arbeitsminister der Bundesregierung die Möglichkeiten zur Kurzarbeit verbessert. Wenn in Thüringen Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt werden, wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, sich während dieser Zeit weiterzubilden. Dazu stimmen wir die Hilfen der Bundesagentur für Arbeit und des Landes aufeinander ab.
- Arbeitsmarktpolitik muss den betroffenen Erwerbslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen helfen, wieder in Arbeit zu kommen. Deshalb werden wir ein arbeitsmarktpolitisches Programm für Thüringen vorlegen, welches Integration durch Qualifizierung und die schrittweise Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt zum Inhalt hat. Dieses werden wir mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Agenturen für Arbeit, den ARGen und optierenden Kommunen eng abstimmen.
- Wo absehbar eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt nicht erreicht werden kann, werden wir mit einer Landesförderung eine Beschäftigung im öffentlichen Bereich ermöglichen. Unsere Nachbarländer Sachsen und Sachsen-Anhalt unterstützen zum Beispiel das entsprechende Programm Kommunal-Kombi der Bundesregierung. Die derzeitige Thüringer Landesregierung verhindert das und lässt damit Millionen verfallen, mit denen dauerhafte Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich gefördert werden könnten. Das ist ein Fehler. Wir wollen solche Projekte öffentlicher Beschäftigung aktiv nutzen.

3.8 LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Land- und die Forstwirtschaft sind für uns ein wichtiger Bestandteil der Thüringer Wirtschaftsstruktur. Sie bieten in den ländlichen Räumen sichere Beschäftigung für viele Thüringer Familien. Lokale Unternehmen, die Naturprodukte verarbeiten, profitieren ebenfalls von einer hohen Investitionsrate der Land- und Forstwirtschaft.

Für eine gesunde Lebensmittelproduktion, für eine nachhaltige Pflege der Kulturlandschaften und zunehmend für eine Produktion und Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen sind leistungsfähige Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft flächendeckend unverzichtbar.

Deshalb werden wir die Land- und Forstwirtschaft wirkungsvoll unterstützen:

- Für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft fördern wir effiziente Strukturen, unabhängig von der Betriebsgröße. Auf Bundes- und Europaebene setzen wir uns gegen jede Benachteiligung der Land- und Forstwirte in Thüringen ein. Dabei gilt der Beseitigung des Wettbewerbsnachteiles deutscher Landwirte bei der Agrardieselbesteuerung unser besonderes Augenmerk.
- Wir wollen den ökologischen Landbau fördern, besonders eine Erhöhung des Anteils und des Marketings.
- Wir setzen uns für eine artgemäße, ethisch vertretbare, umweltverträgliche Tierhaltung ein. Weiterhin wollen wir, dass anerkannte Tierschutzverbände Klagerecht erhalten.
- Wir wollen die Attraktivität land- und forstwirtschaftlicher Berufe vor allem für jüngere Menschen erhöhen. Gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Land- und Forstwirtschaft werden wir deshalb eine Imagekampagne für Berufe in diesen Bereichen organisieren. Außerdem wollen wir darauf hin wirken, dass Maßnahmen der Berufslenkung frühzeitig land- und forstwirtschaftliche Berufe kompetent vermitteln.
- Gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung sind Existenzvoraussetzung für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Deshalb wollen wir mit entsprechenden Maßnahmen insbesondere die Einkommensbasis für Unternehmen dieser Branche verbessern. Dies kann beispielsweise durch Maßnahmen im Bereich Tourismus, Naturschutz oder nachwachsende Rohstoffe geschehen.

- Das wichtigste Element der Land- und Forstwirtschaft ist der Boden. Wir werden den Verbrauch land- und forstwirtschaftlicher Flächen für andere Zwecke verringern. Insbesondere wollen wir Anreize dafür schaffen, flächenintensive Baumaßnahmen auf die zahlreichen bestehenden industriellen Brachflächen in Thüringen zu lenken bzw. vorhandene Brachflächen zu rekultivieren.
- Maßnahmen zum Ausgleich oder Ersatz von Eingriffen in den Naturhaushalt sollen möglichst wenig zum Entzug der produktivsten landwirtschaftlichen Nutzflächen betragen. Die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wollen wir auf die weniger produktiven Flächen lenken.
- Ein weiteres wichtiges Instrument zur Reduzierung des Flächenverbrauchs ist für uns die Landesplanung. Wir werden die Interessen der Landwirtschaft bei planerischen Entscheidungen stärken. Dies gilt insbesondere bei geplanten Abweichungen von Zielen der Landesplanung zulasten der Land- und Forstwirtschaft. Solche Abweichungen wollen wir an strenge gesetzliche Voraussetzungen, insbesondere an die Zustimmung der Regionalen Planungsgemeinschaften, knüpfen.
- Wir unterstützen Initiativen und Zusammenschlüsse für gentechnikfreien Anbau. Wir werden uns dafür einsetzen, dass den Regionen dabei Mitspracherechte eingeräumt werden.
- Landwirte profitieren in vielfältiger Weise von erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen. Wir unterstützen landwirtschaftliche Betriebe dabei, selbst zu Energieproduzenten zu werden. Die gesunde Balance von Energiepflanzen und Lebensmittelproduktion behalten wir dabei im Blick.
- Besonders viele Arbeitsplätze werden im Bereich der Veredelung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie beim Anbau arbeitsintensiver Sonderkulturen geschaffen. Hier liegen in Thüringen in weiten Bereichen noch erhebliche Entwicklungspotenziale bei der Schaffung weiterer Arbeitsplätze in ländlichen Regionen. Wir werden die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen.
- Die Leistungen, die die Landwirtschaft insbesondere beim Erhalt und der Pflege der Kulturlandschaft erbringt, müssen angemessen honoriert werden. Wir halten daher Zahlungen an Betriebe auch in Zukunft für geboten. Weitere Kürzungen der EU-Fördermittel für Landwirtschaftsbetriebe allein aufgrund der Betriebsgröße lehnen wir ab. Mittel, die aus der Direktförderung der Betriebe zugunsten der Entwicklung des ländlichen Raums umgeschichtet werden sollen, müssen in Thüringen bleiben.
- Wir achten auf eine nachhaltige Forstwirtschaft und erhalten die Gemeinschaftsforstämter. Wir wollen, dass die Förster als Mittler zwischen privaten Waldbesitzern und der Holzindustrie helfen, alle Waldteile nachhaltig und mit Gewinn für jede Seite zu nutzen. Einen weiteren Verkauf des landeseigenen Waldes lehnen wir ab. Um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, setzen wir den Waldumbau in Thüringen fort. Ziel ist die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldwirtschaft unter Verwendung von standortgerechten und vorwiegend heimischen Baumarten mit einem natürlichen und gesunden Wildreichtum.

3.9 TOURISMUS

Mit seinen landschaftlichen Reizen, seiner vielfältigen Kultur und Geschichte, mit den schönen Städten und Dörfern und der Ausstrahlungskraft bekannter kultureller und sportlicher Veranstaltungen besitzt Thüringen hervorragende Entwicklungs- und Wachstumspotenziale im touristischen Bereich.

Thüringen hat besondere Reize. Wir sorgen dafür, dass immer mehr Menschen unser Land besuchen und neue Jobs im Tourismus entstehen können.

- Wir optimieren die Strukturen und kümmern uns um bessere Zusammenarbeit der touristischen Akteure im Land und vor Ort. Dabei werden die besonderen Potentiale unserer Kulturlandschaft mit einbezogen. Aber auch über Landesgrenzen hinweg ist die Zusammenarbeit mit Unterstützung des Landes auszubauen, um länderübergreifende Tourismusgebiete, wie den Harz, das Vogtland und die Rhön in ihrer Entwicklung voran zu bringen.
- Wir entwickeln das zentrale touristische Buchungssystem des Landes weiter und wollen durch technische und preisliche Verbesserungen eine stärkere Nutzung dieser Buchungsplattform durch die touristischen Anbieter erreichen. Immer mehr Menschen nutzen das Internet zur individuellen Reiseplanung. Wir verbessern das

www-Angebot aus Thüringen. Wir helfen den Akteuren vor Ort, ihre Informationen mit den Internetangeboten des Landes zu verknüpfen.

- Wir unterstützen die Errichtung eines Kompetenzzentrums für barrierefreien Tourismus, das dazu beitragen soll, die Bedingungen für dieses Tourismussegment in Thüringen weiter zu verbessern.
- Wir wollen unter Nutzung bewährter touristischer und gastronomischer Qualitätssiegel die Kundenorientierung im Thüringer Gastgewerbe weiter verbessern. Vom Land unterstützte Erfahrungsaustausche und Leistungsvergleiche sollen diese Bemühungen zusätzlich verstärken.
- Wir wollen den Tagungsstandort Thüringen ausbauen. Mit neuen Vernetzungsstrategien wollen wir erreichen, dass das Tagungsland Thüringen noch stärker als bisher bekannt wird. Gäste von Tagungen lernen unser Land kennen und kommen nicht selten als Touristen wieder zu uns zurück. Das gilt es zu unterstützen.

4 LEBEN

Thüringen soll Heimat für alle sein, die hier leben. Das heißt für uns: Hier lebt jeder sicher und frei. Jeder kann seine Talente entfalten. Es ist ein kinderfreundliches Land, ein Land, in dem die Generationen zusammenstehen. Jeder kann sich darauf verlassen, in schwierigen Lebenslagen Hilfe zu finden. Solidarität zählt mehr als Ellenbogen.

Wir wollen ein Leben in Sicherheit. Zuallererst ist das für uns soziale Sicherheit. An zwei Stellen offenbart sich dabei besonderer Handlungsbedarf: Bei Kindern und bei älteren Menschen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb der Kinderarmut und der materiellen Hilfsbedürftigkeit im Alter mit aller Kraft entgegenwirken.

Grundvoraussetzung für ein gutes Leben ist eine funktionierende Innere Sicherheit. Wir garantieren leistungsfähige Polizeistrukturen, einen schnellen Rettungsdienst sowie einsatzbereite Feuerwehren. Die Unabhängigkeit der Justiz werden wir sichern.

Leben – dazu gehören unbedingt auch Kultur und Sport. Wir erhalten ein vielfältiges Kulturleben durch eine breitere Finanzierung und verwirklichen eine Sportförderung, die den Ansprüchen an ein Sportland gerecht wird.

Der demographische Wandel verändert unser Leben grundlegend. In Zukunft werden immer mehr ältere Menschen das Bild Thüringens prägen. Seniorinnen und Senioren wollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Sie wollen sich auf vielfältige Weise einbringen. Sie wollen aktiv sein – für sich und für andere. Wir machen den Weg dafür frei und ermöglichen neue Mitspracherechte.

Leben, das ist auch der Wunsch mitzumachen, der Wunsch nach Teilhabe an der Gesellschaft. Wir wagen mehr Demokratie und verbessern die Möglichkeiten der direkten Mitentscheidung auf Landesebene und in den Kommunen. Wir werden die politische Bildung stärken und unsere Gesellschaft besser vor Rechtsradikalen schützen.

Das Zentrum des Lebens ist für uns die Familie. Wir wollen, dass junge Menschen sich ihre Kinderwünsche erfüllen können. Kinder sind Zukunft, Kinder machen Freude. Deshalb sorgen wir für eine Politik, welche die Wünsche und Erwartungen der Thüringer Eltern wieder in den Mittelpunkt stellt.

4.1 UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN

Eine erfolgreiche Familienpolitik für Thüringen muss sich entscheiden. Was ist wichtiger: Gute Betreuungsstrukturen oder zusätzliche finanzielle Leistungen des Landes neben der direkten finanziellen Familienunterstützung des Bundes?

Die Thüringer Eltern haben sich entschieden. Aus einer ganzen Reihe von Befragungen wissen wir, dass drei Viertel der Thüringerinnen und Thüringer lieber ein gutes und sicheres Betreuungsangebot wollen als weitere direkte Geldleistungen an Familien.

Die CDU-Landesregierung ging exakt den entgegengesetzten Weg. Die CDU kürzte Millionen bei den Kindergärten und gab einen Teil davon an besser verdienende Eltern. Familienpolitische Entscheidungsverantwortung und öffentliche Haushaltsmittel wurden in die „Stiftung Familiensinn“ verlagert.

Wir werden diese Fehlentscheidungen aufheben und sorgen dafür, dass Eltern von Anfang an auf gute Unterstützung bauen können:

- Wir garantieren eine angemessene Landesförderung für Kinderkrippen und Kindergärten, Betriebskindergärten fördern wir.
- Für jedes Kind gibt es einen Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Betreuungsangebot ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.
- Schrittweise werden Kinderkrippen und Kindergärten beitragsfrei.
- Wir sorgen für eine gesunde, abwechslungsreiche und kostenfreie Essenversorgung in unseren Kinderkrippen und Kindergärten.
- Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter sorgen wir für bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Kindertagesstätten und garantieren einen Personalschlüssel, der eine gute Bildung, Betreuung und Erziehung ermöglicht. Wir setzen die Forderungen des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik“ um und schaffen die dringend benötigten 2.000 zusätzlichen Stellen für Erzieherinnen und Erzieher.
- Kindergärten stehen allen offen. Integrative Angebote haben für uns Vorrang. Das gilt auch später für die Schule.
- Wir setzen uns für die gesetzliche Legitimation von Gesamtelternvertretungen für Kindertageseinrichtungen auf Stadt- bzw. Landkreisebene ein. Wir kämpfen für eine Kita-Landeselternvertretung adäquat der Schulleiternvertretungen, um elterliche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte auf eine bessere Basis zu stellen.
- Kinderradau ist Zukunftsmusik. Wir wollen Nachbarschaftsklagen gegen Kinderlärm aus Kindergärten, vergleichbaren Einrichtungen oder von Spielplätzen verhindern. Aus den vorhandenen Gesetzen werden wir die Grundlagen für solche Klagen streichen.
- Elternverantwortung und öffentliche Verantwortung für das Wohl jedes Kindes sind kein Widerspruch, sie gehen Hand in Hand. Deshalb wollen wir Elternbildung, Familien- und Erziehungsberatung verbessern. Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen machen wir zu direkten Anlaufstellen der Eltern, die Hilfe suchen. Wir garantieren eine verlässliche Finanzierung von qualifizierten, flächendeckenden Beratungsangeboten. Darüber hinaus erhalten wir Schutzzräume für Frauen und Kinder in Notsituationen bzw. schaffen hier ein bedarfsgerechtes Angebot.
- Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Regelsätze der Sozialleistungen kindgerecht ermittelt werden. Solange der kinderspezifische Bedarf noch nicht bemessen ist, sollen bevorstehende Kindergeldhöhungen nicht angerechnet werden, sondern den Familien durch Erhöhung des Regelsatzes für Kinder im SGB II zugute kommen.
- Die Familienhebamme betreut künftig jedes Kind im ersten Lebensjahr – bei Bedarf auch darüber hinaus. Ihr regelmäßiger Hausbesuch verbindet damit Gesundheitsdienst und allgemeine Familienberatung. Darüber hinaus sorgen wir für Pflichtuntersuchungen und funktionierende Netzwerke der Kinder- und Jugendhilfe und der Gesundheitsdienste.

4.2 UNTERSTÜTZUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Jedes vierte Kind in Thüringen ist von staatlichen Sozialleistungen abhängig, weil den Familien das eigene Einkommen fehlt. Das zeigt der Kindersozialbericht, den die SPD-Fraktion in Auftrag gegeben hat.

Wohlfahrtsverbände berichten, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien nicht in den Kindergarten geschickt werden, weil das Landeserziehungsgeld sonst in der Familienkasse fehlt. Schulkinder verschwinden in der Mittags-

pause, wenn die Klassenkameraden beim Essen sitzen. Für das Essengeld reicht es bei ihnen nicht. Wenn Eltern knapp bei Kasse sind, ist es schnell vorbei mit Flötenunterricht oder Sportverein.

Der Kampf gegen Kinderarmut wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit in den kommenden Jahren sein. Mit guten Löhnen und einem gesetzlichen Mindestlohn sorgen wir für bessere Familieneinkommen. Wir helfen darüber hinaus mit ganz praktischen Maßnahmen. Jedes Kind soll sich entfalten können. Gleichzeitig sorgen wir für eine ausreichende Förderung der Jugend- und Jugendverbandsarbeit:

- Warmes Mittagessen – gesund und kostenfrei. In den Schulen sorgen wir für ein gutes Mittagessen jeden Tag. In Kinderkrippen und Kindergärten soll das Angebot auch weitere Mahlzeiten umfassen. Zur Finanzierung werden wir einen speziellen Landesfonds einrichten.
- Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Schulbücher und Lernmaterial werden kostenlos für alle Schulkinder zur Verfügung stehen.
- Startpaket zum Schuljahresbeginn. Stifte, Hefte, Schreibwaren, Malzeug ... Die SPD hat durchgesetzt, dass alle Kinder, die von Sozialleistungen abhängig sind, zu Beginn jedes Schuljahres eine zusätzliche Geldleistung für die Schulausstattung bekommen. Wir wollen dieses Starterpaket künftig auch an Gymnasien.
- Anlassbezogene Förderungen soll die Grundsicherung verbessern. Wir wollen Kosten für besondere schulische Anlässe (Klassenausflüge, Abschlussfeiern etc.), Kosten für Ausflüge in den Kitas, Aufwendungen für besondere soziale Anlässe (Jugendweihe, Konfirmation, Kommunion) und Kosten für notwendigen Nachhilfeunterricht besonders berücksichtigen. In gemeinsamer Verantwortung von Bund und Land wollen wir eine bedarfsgerechte Erhöhung der Kinder-Regelsätze des SGB II und XII erreichen. Für sogenannte Ferienjobs wollen wir ausreichende Freibeträge schaffen.
- Begabung fördern. Wir wollen, dass sich Begabungen frei entfalten können. Dazu müssen zuallererst Interessen erwachen. Der erste Schritt: Für Kinder kostenfreier Besuch von Museen und Bibliotheken. Dort, wo sich besondere Begabungen zeigen, wollen wir sie auch besonders fördern. Das betrifft den Zugang zu Musik- und Kunstschulen oder das freie Training für kleine Sportlerinnen und Sportler.
- Wir setzen uns ein für eine qualifizierte Ganztagsbetreuung in Schulen und ausreichende, vielfältige und hochwertige Angebote der Jugendarbeit, Jugendfreizeit und außerschulischen Jugendbildung. Zwischen Schule und Jugendhilfe ist eine verbindliche und partnerschaftliche Kooperation zu gewährleisten.
- Wir werden die Jugendpauschale gesetzlich verankern und auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben. Dazu werden wir eine Jugendpauschale in das Thüringer Kinder- und Jugendhilfegesetz aufnehmen. Um den Problemen der Jugendlichen gerecht zu werden, setzen wir uns für den verstärkten Einsatz von Fachkräften in der offenen Jugendarbeit ein.
- Wir bewahren die Vielfalt der Jugendverbände und wollen ihren bildungspolitischen Auftrag stärken, indem sie in geeignete Landesprogramme aufgenommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Jugendverbände des Landesjugendrings mit Personalstellen berücksichtigt werden. Dafür werden wir die Qualität und die Zielgruppenspezifika der Arbeit der Jugendverbände als wichtigstes Förderkriterium betrachten.
- Die Arbeit der Verbände sowie des Landesjugendrings müssen verstärkt evaluiert werden. Die exemplarische Überprüfung der Arbeit ist nicht ausreichend. Wir stärken die kommunale Jugendverbandsarbeit.
- Die Probleme junger Menschen werden immer komplexer und es muss auf aktuelle Entwicklungen, gerade bei der Jugendbildung, reagiert werden. Wir werden deshalb die Projekttöpfe im Landesjugendförderplan offen und transparent gestalten.
- Schuljugendarbeit soll verstärkt dazu dienen, Schule mit der Jugendarbeit der freien Träger zu vernetzen.

4.3 FRAUEN

Noch immer haben Frauen schlechtere Beschäftigungschancen und geringere Einkommen als Männer. Dies gilt auch für Thüringen. Das im Freistaat ohnehin niedrige Lohnniveau und der immer noch vorhandene Mangel an Arbeits-

plätzen bringt viele junge Frauen dazu, Thüringen zu verlassen. Ihre Zahl ist deutlich höher als die der Männer, die das Land verlassen.

Eine SPD-Landesregierung wird den Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen engagiert unterstützen. Neben dem Einsatz weiblicher Fach- und Führungskräfte fördern wir auch deren Qualifizierung. Von einem existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn werden in Thüringen insbesondere Frauen profitieren. Sie sind die Hauptleidtragenden der Niedriglohn-Strategie der CDU. 44 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Thüringen verdienen derzeit weniger als 900 Euro netto im Monat.

Wir schaffen bessere Perspektiven für Frauen in Thüringen:

- Wir werden unseren Thüringer Bildungspakt so ausgestalten, dass er die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen gewährleistet. Auch die Sicherung des Fachkräftenachwuchses der Thüringer Wirtschaft kann nur gelingen, wenn traditionelle Rollenbilder überwunden werden. Dementsprechend wollen wir diesen Prozess in der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik unterstützen.
- Wir legen ein wirksames Thüringer Gleichstellungsgesetz vor. Statt unverbindlicher Regelungen innerhalb der öffentlichen Dienststellen wollen wir überprüfbare und einklagbare Zielvorgaben für die Personalentwicklung.
- Unsere Familienpolitik unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Über gute Kindertageseinrichtungen, Ganztagschulen und Beratungsangebote hinaus, wollen wir aktiv zu einem veränderten Rollenverständnis in den Familien beitragen. Unser Ziel ist es, dass Männer und Frauen familiäre Verantwortung gemeinsam und gleichberechtigt tragen.
- Wir sichern ein gut erreichbares Netz von Frauenhäusern, Frauenschutzwohnungen und Interventionsstellen mit einem professionellen und finanziell abgesicherten Beratungsangebot. Die ständige Verunsicherung und Existenzangst der Beraterinnen in den vergangenen Jahren wird ein Ende haben.
- Frauennetzwerke brauchen Orte zur Kommunikation und Kooperation. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir ein flächendeckendes Angebot von Frauen- und Familienzentren gewährleisten. Sie sind unabhängige Kristallisationspunkte für eine lokale Frauenpolitik und nehmen wichtige Aufgaben der politischen Bildung wahr.
- Erfolgreiche Frauenpolitik setzt regelmäßige, fachlich fundierte öffentliche Diskussionen voraus. In jeder Legislaturperiode soll eine unabhängige Kommission einen Thüringer Gleichstellungsbericht erarbeiten. Der Status der Gleichstellungsbeauftragten wird sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene aufgewertet.

4.4 SENIOREN

Den Thüringer Seniorinnen und Senioren gebührt unser Dank. Sie haben – oft unter großem Verzicht – die Dörfer und Städte in Thüringen wieder aufgebaut. Viele haben für ein Leben in der Heimat Jahrzehnte der Unfreiheit ertragen, sie haben hart für ihren Lohn gearbeitet und unterstützen jetzt nach besten Kräften die Kinder- und Enkelgeneration.

Wir garantieren, dass Lebenserfahrung künftig mehr Mitsprache findet und sorgen für ein sicheres Leben im Alter.

Unsere Gesellschaft ist im Wandel. Menschen werden immer älter – das ist einer der glücklichsten Umstände unserer Zeit. Leider sinken gleichzeitig die Geburtenraten. Die Altersstruktur verschiebt sich dadurch noch deutlicher. Während zum heutigen Zeitpunkt jeder vierte Thüringer älter als 60 Jahre ist, wird es im Jahr 2020 jeder dritte sein. Im gleichen Zeitraum verdoppelt sich nahezu die Zahl der über 80-Jährigen.

Die Ansprüche an Leben und Wohnen ändern sich. Der Bedarf an ärztlicher Hilfe und Vorsorge wächst. Die Gefahr von Armut im Alter droht in den kommenden Jahren in Thüringen zuzunehmen. Damit einhergehend sinken die Möglichkeiten alter Menschen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Wir haben die Herausforderungen im Blick und sorgen für ein lebenswertes Land, in dem sich ältere Menschen auch in Zukunft zu Hause fühlen können:

- **Lebensleistung verdient Sicherheit im Alter.** Wir wollen Rentengerechtigkeit in Ost und West: Fast zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung Deutschlands ist es höchste Zeit, die Rentenangleichung voran zu bringen. Dabei darf es keine Schlechterstellung geben – weder im Osten noch im Westen der Republik. Neben der allgemeinen Rentenangleichung beugen wir drohender Altersarmut vor. Unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist auch gut für die Renten. In zweierlei Hinsicht: Wer mehr verdient, erwirbt später höhere Rentenansprüche. Und: Steigen die Löhne, steigen automatisch auch alle Renten. Als Antwort auf lange Arbeitslosigkeit und die Niedriglöhne der vergangenen Jahre treten wir für eine Mindestrente oberhalb der Grundsicherung ein.
- **Lebenserfahrung verdient Mitsprache.** Wir beteiligen Senioren deshalb stärker an Entscheidungsprozessen. Senioren sind Experten in eigener Sache. Ihr Erfahrungsschatz und Fachwissen soll künftig stärker genutzt werden. Wir wollen, dass Seniorenvertretungen in den Kommunen von Anfang an in politische Entscheidungen eingebunden werden. Deshalb werden wir die Mitwirkung von Senioren gesetzlich verankern. Auf Landesebene stärken wir den politischen Einfluss des Landessenorenbeirates.
- **Wir fördern den Kontakt der Generationen.** Wir wollen eine Kultur des Miteinanders stärken und einen Generationenkonflikt verhindern. Wir achten darauf, dass soziale Angebote soweit es geht, alle Generationen im Blick haben. Mehrgenerationenhäuser als Begegnungsstätte für alle Generationen unterstützen wir und wollen, dass diese Einrichtungen, auch über den befristeten Förderzeitraum des Bundesprogramms hinaus, Bestand haben.
- **Wir verbessern die Seniorenarbeit in Thüringen.** Die aktive Seniorenarbeit braucht feste Strukturen. Deshalb bauen wir das Netz der Seniorenbüros aus und statten sie finanziell angemessen aus. Feste Strukturen und gezielte Investitionen in diesem Bereich machen sich bezahlt, weil sie dem breiten Wunsch nach ehrenamtlichem Engagement Räume öffnen.
- **Wir wollen eine vorausschauende Planung:** Ausgangspunkt ist die Kommune – der direkte Lebensraum. Hier wollen wir, dass seniorenpolitische Konzepte die wachsenden Herausforderungen und konkreten Auswirkungen aufgreifen und passende Lösungen aufzeigen. Das Land muss bei der Erarbeitung von seniorenpolitischen Konzepten professionelle Hilfestellung leisten. In die Bedarfsanalyse und die Planungsentwürfe können zum Beispiel die Universitäten und Fachhochschulen des Freistaates einbezogen werden. Auf Grundlage der kommunalen Konzepte erarbeiten wir ein Gesamtkonzept für Thüringen. Bei der anstehenden Verwaltungs- und Gebietsreform achten wir auf mehr Seniorenfreundlichkeit. In jeder Gemeinde sollen Bürgerportale als allgemeine Anlaufstellen entstehen. Sie lotsen durch alle Verwaltungsgänge.
- **Wir wollen Entwicklungspotenziale des Alters besser nutzen.** Wir unterstützen Angebote zur Senioren- und Erwachsenenbildung. Institutionen, die Kreativität, Engagement und Bildung älterer Menschen anregen, z. B. Volkshochschulen, Seniorenbüros und Seniorenakademien, werden wir unterstützen. Wir brauchen in der Gesellschaft das Bewusstsein, dass auch das Alter Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten bietet.
- **Wir garantieren Mobilität.** Ein selbstbestimmtes Leben setzt voraus, dass Ärzte oder Einkaufsmöglichkeiten sowie Freunde und Familie erreichbar bleiben. Die Verkehrsinfrastruktur richten wir verstärkt auf den Bedarf von Seniorinnen und Senioren aus. Wir sichern ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot. Zur Ergänzung setzen wir auf neue Möglichkeiten: zum Beispiel Bürgertaxis.
- **Wir unterstützen den Wunsch nach dem gewohnten Lebensumfeld.** So lange es möglich ist, wollen Menschen in ihrem eigenen Zuhause leben. Deshalb wollen wir den Bau barrierefreier Wohnungen fördern. Neue Gemeinschafts- und Mehrgenerationenwohnformen unterstützen wir. Mit einem speziellen Landesfonds sichern wir ab, dass auch in Zukunft die notwendigen Mittel dafür bereit stehen. Wir sorgen dafür, dass das erfolgreiche Bundesprogramm „Stadtumbau Ost“ über das Jahr 2009 hinaus fortgeschrieben wird. Dabei achten wir darauf, dass die Mittel künftig gezielt für den Ausbau altersgerechter Wohnungen und ein seniorenfreundliches Wohnumfeld eingesetzt werden.

4.5 GESUNDHEIT

Der Wandel unseres Lebens und unserer Gesellschaft verändert auch die Ansprüche an das Thüringer Gesundheitssystem grundlegend. Die wachsende Zahl älterer Menschen führt zu einem steigenden Bedarf an ärztlicher Hilfe und Vorsorge. Wir setzen uns für eine bezahlbare medizinische Versorgung in höchster Qualität ein:

- Gerechte Beiträge für alle: Wir setzen uns für eine Bürgerversicherung ein. In ihr sind alle Bürgerinnen und Bürger versichert. Nicht nur Lohn, sondern auch andere Einkunftsarten werden bei der Beitragsberechnung berücksichtigt. So wollen wir für mehr Solidarität in der Gesellschaft und mehr Beitragsgerechtigkeit für die Bezieherinnen und Bezieher von kleinen Einkommen sorgen.
- Wir wollen die flächendeckende medizinische Versorgung sichern. Förderprojekte zur Ansiedlung von Haus- und Fachärzten in unterversorgten Gebieten unterstützen wir. Jungen Medizinerinnen müssen Anreize geboten werden, sich dauerhaft in Thüringen niederzulassen. Erfahrungen aus anderen Bundesländern bei der Gewinnung von Nachwuchsmedizinerinnen sind dabei zu nutzen. Gemeindefachkräften sollen in ländlichen Gebieten den Ärzten helfen und den Patienten als vertraute Ansprechpartnerinnen zur Seite stehen.
- Wir verbessern die Pflegesituation in Thüringen: Wir gewährleisten ein flächendeckendes Netz an Pflegestützpunkten. Betroffenen und Angehörigen muss eine wohnortnahe Anlaufstelle zur Verfügung stehen. Die Beratung muss kompetent sein und neutral bleiben. Dies wird durch unabhängige Pflegestützpunkte geboten.
- Für die Pflegeleistung selbst muss ausreichend Zeit bleiben. Wenn wir unnötige Bürokratie abbauen und die Arbeitsbedingungen verbessern, profitieren nicht nur die Pflegebedürftigen, auch die Pflegeberufe werden attraktiver. Damit die notwendige Kontrolle von Pflegeheimen und Pflegediensten effizient funktioniert, erhöhen wir die Koordination zwischen Pflegekassen, Heimaufsicht und anderen prüfenden Behörden. Wir erarbeiten ein modernes Heimgesetz.
- Wir werden die flächendeckende, qualitätsgerechte und leistungsfähige stationäre Versorgung von Patienten in Thüringen sichern. Sie wird durch die Vielfalt öffentlich-rechtlicher, freigemeinnütziger und privater Krankenhaussträger getragen und erhalten. Sie sichern zusätzlich zur stationären Versorgung auch den Rettungsdienst maßgeblich.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Krankenhausplanung auch in Zukunft durch klare und überschaubare Vorgaben für alle nachvollziehbar bleibt. Die Sicherstellung notwendiger Investitionen wollen wir durch die duale Krankenhausfinanzierung erhalten.
- Das Gesundheitswesen ist auch in Thüringen sehr komplex und für viele Erkrankte und Patienten schwer durchschaubar. Mit dem Patientenbeauftragten schaffen wir einen kompetenten Ansprechpartner für alle Thüringer zu gesundheitspolitischen Themen. Er soll erste Anlaufstelle für Hinweise, Anregungen, aber auch Beschwerden sein.
- In einem Thüringer Präventionsgesetz konkretisieren wir unsere Landesgesundheits- und -präventionsziele. Es soll der Prävention als besonders wichtigem Baustein gesunden Lebens den notwendigen Stellenwert einräumen und den Thüringern helfen, selbst durch aktives Vorbeugen Gesundheit zu erhalten. Die darin definierten Gesundheitsziele bündeln die Kräfte und Mittel im Gesundheitswesen.
- Für eine flächendeckende Präventionsarbeit stärken wir den öffentlichen Gesundheitsdienst sowie die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen. Beide Partner tragen durch allgemeine Aufklärung sowie spezielle Angebote im Kinder- und Jugendbereich zur Stärkung der Gesundheitsvorsorge bei. Wir müssen die Rolle der Berufsgenossenschaften in der Prävention stärken. Längere Lebensarbeitszeiten erfordern mehr gesundheitliche Prävention am Arbeitsplatz.
- Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung mit umfassender Datenauswertung ermöglicht uns die treffsichere Steuerung der Prozesse im komplexen, sich ständig verändernden Gesundheitswesen.
- Ambulante und stationäre medizinische Versorgung, Rettungsdienst, öffentlicher Gesundheitsdienst sowie Rehabilitationseinrichtungen und ergänzende Gesundheitsangebote wollen wir verstärkt vernetzen. Das „Gesundheitsland Thüringen“ verbindet auf diese Weise medizinische Versorgung mit den Chancen der Gesundheitsbranche für Wachstum und Beschäftigung.

4.6 SPORT

Thüringen ist Sport-Land. Die Erfolge Thüringer Athleten bei nationalen Meisterschaften und internationalen Wettkämpfen untermauern das. Aber auch als Organisatoren zahlreicher Sportveranstaltungen haben sich Vereine und Verbände des Freistaates hohes Ansehen erworben. Hierzu trägt besonders das große Engagement vieler ehrenamtlicher Helfer bei.

Die Förderung des Breitensports ist eine wesentliche Aufgabe der Städte und Gemeinden. Sport bereichert das Freizeitangebot für Menschen aller Generationen, unterstützt die Gesundheitsprävention und fördert die soziale Integration von Menschen. Durch die gezielte Unterstützung wollen wir die Mitgliedschaft in Sportvereinen noch attraktiver gestalten. Diese soll von der Unterstützung des Kinder- und Jugendsports, der Förderung der Ausbildung von Übungsleitern bis hin zur weiteren Sanierung der Sportstätten reichen. Die Nutzung der Sportstätten soll entsprechend des Thüringer Sportförderungsgesetzes auch weiterhin kostenlos erfolgen.

Unser Sportprogramm für Thüringen reicht von der Spiel- und Bewegungsförderung in Kindertagesstätten über den Übungs- und Wettkampfbetrieb der Vereine bis hin zum Behinderten-, Rehabilitations- und Seniorensport. Wir betrachten den Sport auch als integralen Bestandteil der Jugendarbeit.

- Wir verbessern das Sportangebot in den Thüringer Kindergärten. Gemeinsam mit Sportvereinen und den Kommunen wollen wir dafür sorgen, dass ein spielerisches Bewegungsprogramm zum festen Bestandteil der Kinderbetreuung wird.
- Wir werden eine dritte Unterrichtsstunde Sport pro Woche in den Thüringer Lehrplänen verankern.
- Das Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“ fördert wichtige Projekte für den Breitensport in den neuen Bundesländern. Auch 2009 werden 2 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung gestellt. Länder, Kommunen und Vereine ergänzen diese Mittel. Wir setzen uns für eine Fortsetzung dieses Programms ein, das hilft, die Sportstätten in Thüringen in Schuss zu halten.
- Unsere besondere Unterstützung findet das Ehrenamt im Sport. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass ausreichend hauptamtliche Trainer insbesondere im Nachwuchsleistungssport eine optimale Förderung von Talenten ermöglichen.
- Bei der Sportförderung achten wir darauf, dass in erster Linie die Vereine direkt profitieren.
- Durch den Ausbau von Rad- und Wanderwegen, Joggingstrecken und Bolzplätzen fördern wir die sportliche Betätigung in der Freizeit.
- Sport schafft Begeisterung. Wir wollen das gemeinsame, gewaltfreie Erleben des Sports fördern. Fan-Projekte leisten einen wichtigen Beitrag dazu. Wir werden sie unterstützen.

4.7 KULTUR

Thüringen hat eine besondere kulturelle Tradition und Schätze von europäischem Rang. Die Vielfalt reicht vom Bauhaus-Design bis zum Rennsteiglied. Bei uns gibt es Handschriften von Goethe und Schiller und das Andenken an das Werk Luthers. Der Kyffhäuser, die Wartburg, Schloss Friedenstein und viele andere Baudenkmäler mehr erinnern an vergangene Herrschaft. 400.000 Jahre alte Steinwerkzeuge lassen sich hier finden, genauso wie Stätten des industriellen Aufbruchs und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Thüringen verfügt über eine einmalige Dichte an Denkmälern und Kulturstätten, unzählige ließen sich aufführen. Zu unserer Geschichte gehören auch Gedenkorte – stellvertretend sei das Konzentrationslager Buchenwald genannt – die für barbarische Verbrechen an der Menschlichkeit stehen.

Wir werden das breite kulturelle Erbe Thüringens bewahren und eine lebendige Kulturlandschaft schaffen.

- Wir legen unserer Arbeit ein Landeskulturkonzept zu Grunde. Es analysiert nicht allein die bestehenden kulturellen Strukturen im Freistaat, es gibt auch konkrete kulturpolitische Zielsetzungen für die kommenden Jahre vor und benennt die Handlungsschritte zu ihrer Realisierung. Dieses Landeskulturkonzept weiß um die ökonomische Bedeutung von Kultur für die Entwicklung Thüringens und widmet sich daher auch den Aspekten des Kulturtourismus.

- Wir wollen die traditionsreiche Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft langfristig erhalten. Auf der Basis eines umfassenden Strukturkonzeptes sowie in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Theater und Orchester werden wir deren Bestand, Attraktivität und Finanzierbarkeit sichern. Das Land Thüringen hat eine besondere Verantwortung für seine einmalige Kulturlandschaft.
- Die Thüringer Kulturstiftung werden wir spartenübergreifend ausbauen. Damit geben wir auch einen Impuls, die traditionelle Abgrenzung zwischen Hoch- und Breitenkultur zu überwinden.
- Der zeitgenössischen bildenden Kunst und Literatur gilt unser besonderes Augenmerk. Wir werden daher den Anteil des Landes an ihrer Förderung ausweiten.
- Ein zeitgemäßes Bibliotheksgesetz für Thüringen wird eine dauerhafte und verlässliche Grundlage für eine Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe Bibliothek schaffen. Wir schreiben einen jährlichen Landeszuschuss für die Bibliotheken fest.
- Anspruch unserer Kulturpolitik ist es, möglichst allen gesellschaftlichen Gruppen gleiche Chancen beim Zugang zu Kunst und Kultur zu eröffnen. Wir schätzen deshalb Engagement in der kulturellen Bildung sowie Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendkultur. Das bestehende Projektmanager-Programm wollen wir langfristig sichern und weiter ausbauen.
- Angesichts der demographischen Entwicklung stellt der Erhalt des bestehenden Netzes kultureller Einrichtungen in Thüringen eine große Herausforderung dar. Um dies zu ermöglichen, wollen wir die finanziellen Lasten, die die kommunalen Kulturträger zu stemmen haben, auf weitere Schultern verteilen. Mit der Einführung einer neuen Kulturraumfinanzierung beteiligt sich künftig die ganze Region am Erhalt und der Gestaltung der Kultureinrichtungen auf ihrem Gebiet. Wir treten für den Erhalt und die Förderung der Bürger radios und des Bürgerfernsehens als eine Plattform für die öffentliche Meinungsbildung und Präsentation der ortsansässigen Vereine ein.
- Die Thüringer Museen leisten als meist besuchte kulturelle Einrichtungen mit über 4 Millionen Besuchern jährlich einen wesentlichen Betrag zur kulturellen Bildung. Wir werden ihre Arbeit angemessen finanziell unterstützen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Erhaltung der Bestände und ihre Präsentation für eine breite Öffentlichkeit, unter anderem durch Unterstützung der Museumspädagogik, zu richten.
- Der Freistaat unterstützt die Bestrebungen, eine lebendige junge Kunstszene im Freistaat zu etablieren – dafür können auch Landesimmobilien, für die es derzeit kein Nutzungskonzept gibt, als Atelier- und Wohnräume zur Verfügung gestellt werden.

4.8 VERBRAUCHERSCHUTZ

Der private Konsum ist Teil unseres alltäglichen Lebens und ein wichtiger Motor unserer Wirtschaft. Dieser Motor funktioniert aber nur, wenn Verbraucher ausreichend geschützt sind. Wir wollen mehr Sicherheit für die Verbraucher bei Produkten, Verträgen und Dienstleistungen. Deshalb werden wir die Rechte der Verbraucher als Kunden, Patienten und Anleger stärken.

- Wir wollen, dass sich die Thüringerinnen und Thüringer gesund ernähren können. Die Lebensmittelsicherheit muss weiter verbessert werden. Bei der Überwachung der Lebensmittel und der Tierbestände in Thüringen wollen wir von der Erzeugung bis zur Ladentheke für ein Höchstmaß an Sicherheit sorgen. Wir kümmern uns um eine angemessene personelle Ausstattung des Thüringer Landesamtes für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz. Zudem wollen wir handlungsfähige Strukturen entwickeln, die im Fall von Lebensmittelkrisen und bei Tierseuchen effektiv und schnell arbeiten können. Informations- und Zeitverluste durch einen hohen Koordinierungsaufwand werden wir deshalb verringern.
- Unabhängige Verbraucherberatung wird immer wichtiger. Wir werden die notwendigen Strukturen – insbesondere der Verbraucherzentralen – wieder angemessen finanziell unterstützen.
- Immer mehr Menschen in Thüringen sind hoch verschuldet. Sie brauchen Beratung, die ihnen hilft, die Situation zu meistern. Entsprechende Angebote wollen wir ausbauen.

4.9 INTEGRATION VON MIGRANTEN

Weltoffen und tolerant – so erleben wir Thüringen an vielen Stellen. Wir wollen dieses Klima weiter verbessern und sorgen für eine gelingende Integration aller, die dauerhaft hier leben.

- Sprachkurse werden für alle ermöglicht, die Zugangshürden sollen so gering wie möglich sein. Für neue Staatsbürger regen wir Willkommensfeiern an. Bei Kindern im schulpflichtigen Alter achten wir darauf, dass sie den Unterricht besuchen.
- Wir garantieren menschenwürdige Standards für die Unterbringung von Asylbewerbern. Wo es möglich ist, sorgen wir für dezentrale Unterkünfte. Die Residenzpflicht weiten wir auf ganz Thüringen aus. Die geltende Gutscheinregelung werden wir überwinden.

4.10 MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Alle Menschen haben ein unveräußerliches Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und die Solidarität der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung sollen am gesellschaftlichen Geschehen teilhaben können – im privaten und im öffentlichen Umfeld. Wir werden dieses Recht im Einklang mit der neuen UN-Behindertenrechtskonvention durchsetzen:

- Die Einschränkungen im Leben von Menschen mit Behinderung sollen so gering wie möglich sein. Wir sorgen für barrierefreie Wohnsituationen. Unser Grundprinzip ist: häuslich vor stationär. Wir unterstützen deshalb Pflege-Hilfe zur Eigenständigkeit und Eigenverantwortung.
- Integration in das alltägliche Leben unterstützen wir auch in der Schule. Förderschulen wollen wir so weit es geht überflüssig machen.
- Wir garantieren ein umfassendes Sportangebot für Behinderte.
- Wir werden in der Kommunalordnung die Stelle eines Behindertenbeauftragten festschreiben.

4.11 FREIHEIT ERMÖGLICHEN

Leben heißt gestalten, sich einbringen. Wir wollen Regeln schaffen, die die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen erleichtern.

Wir werden für Transparenz und Teilhabe sorgen:

- Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ haben wir aktiv unterstützt. Mehr als 250.000 Thüringer Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift deutlich gemacht, dass direkte Mitbestimmung in den Gemeinden und Landkreisen deutlich erleichtert werden soll. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass dieses Anliegen in Thüringen Wirklichkeit wird. Die von der CDU durchgesetzte Amtsstubensammlung lehnen wir ab, da sie die Bürger bevormundet und Bürgerentscheide deutlich erschwert. Wir stärken die gesetzlichen Einwirkungsmöglichkeiten von Vertrauenspersonen während eines laufenden Volksbegehrens auf Landesebene. Damit garantieren wir eine Umsetzung des Bürgerwillens in jeder Phase eines Volksbegehrens.
- Beteiligen kann sich nur, wer auch informiert ist. Deshalb setzen wir auf ein wirksames Informationsfreiheitsgesetz, das den Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu den Akten der Verwaltung ermöglichen wird. Durch rechtzeitige Akteneinsicht können Betroffene gegen Fehlplanungen – zum Beispiel beim Bau von Leitungen und Kläranlagen – vorgehen. Das von der CDU beschlossene Informationsfreiheitsgesetz ist seinen Namen nicht wert, weil es dem Menschen keinen erleichterten Informationszugang gewährt.
- Bei weitreichenden Gesetzgebungsvorhaben werden wir Diskussionsforen im Internet einrichten, in denen die Bürger diskutieren können. Die Beiträge werden dann in die Beratungen des Landtags einbezogen. Dabei sind auch parlamentarische Anhörungen von Bürgerinnen und Bürgern möglich, die im Forum Stellungnahmen abgegeben haben. Wir setzen uns auch für ein stärkeres Mitspracherecht der Jugend ein. Deshalb treten wir für die Einrichtung von Kinder- und Jugendbeiräten bzw. -parlamenten ein.

- Das Gefühl, keinerlei Einfluss auf das politische Geschehen zu haben, ist weit verbreitet. Daher ist politische Bildung notwendiger denn je. Wir werden uns für den Ausbau und die verstärkte öffentliche Förderung von politischer Bildung einsetzen. Vor allem aber werden wir die öffentliche Debatte über die Notwendigkeit politischer Bildung wieder beleben.

4.12 IN SICHERHEIT LEBEN

Leben in Sicherheit – das ist ein Grundanspruch der Menschen. Eine Kernaufgabe der Landesregierung ist es deshalb, für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu sorgen.

Die Belastung der Polizei nimmt seit Jahren zu. Von der Bekämpfung der Internetkriminalität, des Rechtsextremismus bis zur Bekämpfung des Terrorismus. Dazu kommen an immer mehr Wochenenden Großeinsätze. Immer häufiger gerät die Thüringer Polizei an ihre Belastungsgrenze. Und die Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit werden weiter zunehmen: Die organisierte Kriminalität verändert sich. Auf neue Formen der Kriminalität, wie Computer- und Internetkriminalität muss reagiert werden.

Die CDU-Landesregierung hat all dem nichts entgegenzusetzen. Ihr Versuch einer Neuordnung der Polizei ist komplett gescheitert.

Wir wissen, vor allem Bürgernähe und die Präsenz auf der Straße garantieren eine gute Polizeiarbeit für die Menschen. Eine Privatisierung der Inneren Sicherheit lehnen wir ab. Es darf nicht sein, dass der Staat im Bereich der Inneren Sicherheit nur noch eine Grundversorgung bietet, und wer mehr Sicherheit möchte, dafür bezahlen muss. Zum Beispiel, um sein Wohngebiet bewachen zu lassen. Das Recht der Bürgerinnen und Bürger frei von Angst und Verbrechen leben zu können, soll wieder in den Mittelpunkt der Innenpolitik des Freistaates Thüringen rücken.

- Die Polizei wird personell und materiell zukunftsfähig gestaltet. Der Personalabbau wird gestoppt. Dazu wird die Zahl der jährlich eingestellten Anwärter in den Bildungseinrichtungen drastisch erhöht. Die Polizeiinspektionen werden aufgewertet. Wir fördern gemeinsame Leitstellen von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und den örtlichen Ordnungsämtern.
- Die Thüringer Polizei darf auf Dauer nicht strukturell schlechter bezahlt werden, als Polizistinnen und Polizisten in anderen Bundesländern. Nur so können die qualifizierten Absolventen im Thüringer Polizeidienst gehalten werden.
- Der wachsenden Zahl eingeschränkt beziehungsweise nicht mehr dienstfähiger Polizeibeschäftigter, die vor allem eine Folge des steigenden Durchschnittsalters der Polizeibeschäftigten ist, wirken wir mit einem umfassenden Gesundheitsmanagement entgegen.
- Wir wollen die Vereinbarkeit des Polizeidienstes mit dem Familienleben. Die Arbeitsbedingungen für Frauen in der Thüringer Polizei werden wir verbessern.
- Statt flächendeckender Observierung öffentlicher Plätze und Straßen durch Kameraanlagen stellen wir Polizeipräsenz sicher – überall soll es Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamte vor Ort geben.
- Wir kontrollieren den Verfassungsschutz stärker. Dafür verbessern wir die Kontroll- und Informationsrechte der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtags. Neben dem Verschlanken des Amtes werden wir auch eine Zusammenlegung der Landesämter für Verfassungsschutz der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einem gemeinsamen Amt prüfen.

4.13 SCHUTZ DES LEBENS UND DES EIGENTUMS

67.500 Thüringerinnen und Thüringer engagieren sich in rund 1.800 Gemeinde-, Stadtteil- und Ortsteilfeuerwehren. Die Feuerwehren sind die zentrale Stütze der Gefahrenabwehr. Sie sind wichtige Garanten für die Sicherheit der Bevölkerung in Thüringen.

Die Feuerwehren stehen vor wachsenden Problemen: Immer weniger Nachwuchs rückt nach. Die Beanspruchung im Beruf nimmt zu. Gleichzeitig steigen die Einsatzzahlen. Insgesamt nehmen die Leistungsanforderungen zu.

Die Belastung für jeden einzelnen Feuerwehrmann wird immer größer. Manche Feuerwehr ist schon an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen.

- Wir werden Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung unterstützen. Dazu gehört insbesondere die Förderung des Jugendfeuerwehrbereichs.
- Wir befürworten behutsame Strukturanpassungen. Die notwendigen Anpassungsmaßnahmen müssen sicherstellen, dass die ehrenamtlichen Mitglieder die Identität ihrer Feuerwehr und den Bezug zum Wohnort bewahren können. Direktive Eingriffe von außen ohne Berücksichtigung von gewachsenen Strukturen darf es nicht geben. Eine flächendeckende Feuerwehr-Infrastruktur auf freiwilliger Basis muss gewährleistet bleiben.
- Wir sehen in der verstärkten Zusammenarbeit der Wehren einen Schlüssel zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Gemeinsam können die Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz besser erfüllt werden. Das betrifft die Gemeinden genauso wie die einzelnen Feuerwehrvereine. Allerdings kann es hier keine Lösungen von oben geben. Zusammenarbeit muss gemeinsam vor Ort organisiert werden und von der kommunalen Feuerwehrbasis getragen werden.
- Wir werden Maßnahmen zur Anpassung der Ausbildung an die gestiegenen Anforderungen unterstützen. Nur wer gut ausgebildet ist, weiß den Gefahren der Einsatzstelle zu begegnen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Landesfeuerwehrschule in Bad Köstritz. Wir entwickeln sie weiter zum Mittelpunkt des Feuerwehrwesens in Thüringen. Wir werden die Zahl der Lehrgänge und Lehrgangsplätze stetig erhöhen und das notwendige Personal zur Verfügung stellen.
- Wir arbeiten für die zügige Einführung einer Feuerwehrrente ab dem 60. Lebensjahr. In enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden sorgen wir für ein einheitliches Rentensystem in allen Thüringer Gemeinden und ihren Freiwilligen Feuerwehren. Die Höhe der Rentenansprüche soll neben der Anzahl der Dienstmonate auch die Beteiligung der Wehrangehörigen an Einsätzen, Übungen und an Fortbildungsmaßnahmen berücksichtigen. Wir werden gewährleisten, dass das Land den Großteil der Kosten trägt, die den Kommunen bei der Umsetzung der Feuerwehrrente entstehen.
- Mit unseren Initiativen im Thüringer Landtag haben wir es in der zurückliegenden Legislaturperiode geschafft, den Katastrophenschutz als Landesaufgabe gesetzlich zu verankern. Damit kann im Katastrophenfall in ganz Thüringen qualifizierte Hilfe ohne Verzögerung angeboten werden. Wir wollen, dass alle Beteiligten am Katastrophenschutz – Öffentliche Verwaltung, Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Hilfsorganisationen und Rettungsdienste – zuverlässig und unmittelbar Hilfe leisten können. Dazu werden wir alle Partner stärker vernetzen.

4.14 RECHTSSTAAT STÄRKEN

Eine gute Justiz schafft Rechtsfrieden. Sie ist ein Garant unseres Zusammenlebens. Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und soziale Gerechtigkeit sind bewährte Säulen unserer Politik.

- Eine bürgerfreundliche Justiz sorgt für eine effektive Konfliktlösung. Gerechtigkeit darf nicht aufgeschoben werden. Gerichtsverfahren, insbesondere Straf-, Zivil- und Sozialgerichtsverfahren sollen daher zügig abgeschlossen werden.
- Die CDU-Landesregierung ist ihrer Verantwortung in der Sozialgerichtsbarkeit nicht gerecht geworden. Wir werden die notwendigen organisatorischen Maßnahmen treffen, um sicher zu stellen, dass die Verfahren in vertretbarer Zeit abgearbeitet werden können.
- Wir werden die richterliche Selbstverwaltung unter anderem durch die längst überfällige Reform des Thüringer Richtergesetzes stärken. Die Auswahl und Ernennungen der Thüringer Richterinnen und Richter werden demokratischer werden. Wir wollen den Richterwahlausschuss in seinen Kompetenzen stärken. Die Selbständigkeit des richterlichen Dienst- und Besoldungsrechts soll erhalten bleiben.
- Ein moderner Justizvollzug schützt die Bevölkerung vor weiteren Straftaten. Eine erfolgreiche Resozialisierung ist der beste Schutz vor Rückfallstraftaten. Erste Voraussetzung hierfür sind menschenwürdige Haftbedingungen. Der Überbelegung der Thüringer Haftanstalten muss durch den Neubau einer Justizvollzugsan-

stalt in Ostthüringen begegnet werden. Auch die Jugendstrafanstalt genügt nicht den Anforderungen. Wir werden das ändern. Haft ist nicht das einzige Mittel. Deshalb statten wir Richter gleichzeitig mit modernen Sanktionsinstrumenten aus. Bestrebungen, den Justizvollzug in Thüringen zu privatisieren, erteilt die Thüringer SPD eine klare Absage.

- Nicht für jede Streitigkeit ist der Weg vors Gericht sinnvoll. Wir wollen das Angebot der Justiz den Erwartungen an moderne Konfliktlösungswege anpassen. Hierzu werden wir Modellprojekte zur Mediation, also zur außergerichtlichen Streitbeilegung fördern. Ebenfalls sollen Projekte zur Durchführung von Jugendgerichten unterstützt werden. Diese so genannten Teen-Courts, bei denen Jugendliche ihre Streitfälle unter sich klären, haben sich bereits als sinnvoll im Umgang mit Jugendkriminalität erwiesen.
- Wir werden in Thüringen Korruption und Wirtschaftskriminalität wirksam bekämpfen. So wollen wir die Arbeit der Staatsanwaltschaft Mühlhausen durch eine weitere Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Gera ergänzen. Wir fordern den Aufbau eines zentralen Korruptionsregisters mit dem Ziel, Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Mittel und Aufträge auszuschließen, die Subventionsbetrug begehen, Kartellabsprachen vornehmen oder Schwarzarbeiter beschäftigen.

4.15 KEIN PLATZ FÜR RECHTSEXTREMISMUS

Weltoffen und tolerant – das sollen bleibende Attribute Thüringens sein. Die SPD wird beim Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht nachlassen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus dürfen das Leben in unserem Land nicht vergiften.

Rechtsextreme versuchen sich in unseren Alltag zu drängen. Oft verbergen sie ihre Absichten und heucheln Interesse an lokalen Problemen. Ganz bewusst spielen Extremisten mit vorhandenen Ängsten. Plumper Populismus soll den Weg in Gemeinderäte und Parlamente ebnen.

Wir lassen aktive Bürgerinnen und Bürger im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht allein:

- Eine SPD-Landesregierung wird den Rechtsextremismus nicht verharmlosen, sondern die von uns entwickelte Null-Toleranz-Strategie durchsetzen. Wir nutzen alle rechtsstaatlichen Spielräume zur Ächtung rechtsextremer Organisationen und Personen. Gemeinsam mit allen Akteuren des öffentlichen Lebens in Thüringen werden wir Regeln suchen, die verhindern, dass sich Extremisten in Sportvereine, Feuerwehren, Verbände oder Betriebsräte einschleichen und diese für ihre Zwecke missbrauchen. Das Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und Toleranz ist die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens. Wir werden verhindern, dass dieses Bekenntnis untergraben wird.
- Wir werden ein Landesprogramm gegen Rechts umsetzen. Das heißt, wir werden die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die Aufklärungsarbeit vor Ort und die Hilfe für Opfer rechter Gewalt auf eine feste Grundlage stellen. Wir werden Angebote für Ausstiegswillige aus der rechten Szene und Beratungsangebote für betroffene Eltern fördern. Gemeinsame Programme mit dem Bund werden wir personell und finanziell ausreichend ausstatten.
- Wir sind für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD. Wir werden uns für ein neues Verbotverfahren auf der Bundesebene einsetzen und die notwendigen Voraussetzungen in Thüringen dafür schaffen.
- Repression kann die Ursachen rechtsextrem motivierter Straftaten nicht beseitigen. Rechtsextremismus kann deshalb nicht alleine durch Repression bekämpft werden. Repression ist aber ein notwendiger Teil unserer wehrhaften Demokratie. Ohne die konsequente Verfolgung und Ahndung jeder rechtsextrem motivierten Straftat ist die erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht möglich. Wir werden Polizei, Justiz und Verfassungsschutz besser in die Lage versetzen, diese Aufgaben wahrzunehmen. Dazu wollen wir die Personalsituation der Thüringer Strafverfolgungsbehörden und des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz gezielt verbessern. Der Einsatz der Polizei gegen Rechtsextremismus soll durch Maßnahmen im Bereich der Ausbildung weiter verbessert werden. In den Justizvollzugsanstalten müssen spezielle Programme, die sich an rechtsextreme Gewalttäter richten, angeboten werden.

5 DAS LAND ORDNEN – ZUKUNFT GEWINNEN

Wir wollen den Menschen eine lebenswerte Zukunft bieten. Wir verbessern die Chancen jedes Einzelnen. Und wir ordnen das Land neu. Große Herausforderungen liegen vor uns.

Am Ende der aktuellen Legislaturperiode von 2004 bis 2009 werden laut amtlicher Prognosen 78.400 Menschen weniger in Thüringen leben als zu Beginn. Der Bevölkerungsverlust entspricht der Einwohnerschaft eines kleinen Thüringer Landkreises.

Den rasanten Prozess der Abwanderung werden wir abfedern können – zum Beispiel durch gute Löhne und bessere Jobangebote. Es wird aber schwieriger, den Rückstand der Geburten auszugleichen. Zusätzlich zum Geburtenknick Anfang der 90er Jahre hinterlässt die Abwanderung junger Frauen eine bleibende Lücke. Völlig aufhalten können wir den Bevölkerungsrückgang nicht mehr. Das zu sagen, gehört zur Ehrlichkeit.

Weiterer Bevölkerungsrückgang bedeutet einerseits, dass immer weniger Menschen für die notwendige Infrastruktur und Verwaltung aufkommen müssen. Gleichzeitig sinken mit den Einwohnerzahlen aber auch die Steuereinnahmen des Landes. Weniger Einwohner bedeutet darüber hinaus, dass Thüringen weniger Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhält. Parallel dazu sinken ab 2009 die Hilfen des Solidarpaktes. Auch die EU-Förderung nimmt planmäßig ab.

Die CDU-Landesregierung hat auf diese Entwicklung kopflos reagiert. Durch eine Kette grober Fehlentscheidungen wurde die von Ministerpräsident Dieter Althaus 2004 angekündigte Behördenreform in weiten Teilen sogar teurer als zuvor.

Wir haben uns auf die Herausforderungen der Zukunft besser vorbereitet. Thüringen muss wieder Zukunft gewinnen.

Für eine solide Finanzpolitik ist eine Verwaltungsreform unerlässlich. Wir werden dabei die Neugestaltung der Landesverwaltung und der kommunalen Strukturen besser aufeinander abstimmen. Unser Ziel sind starke Kommunen, die möglichst viele Aufgaben vor Ort organisieren können. Für mehr Bürgerfreundlichkeit sorgen wir durch konsequente Serviceorientierung der Verwaltung. Bürgerbüros sind dann der erste Anlaufpunkt für alle Verwaltungsangelegenheiten.

Bei der Aufgabe, Thüringen neu zu ordnen, bleibt unser Blick auch auf die europäische Ebene gerichtet. Neue Rechte für die Regionen zeichnen sich ab. Wir werden uns aktiv in Europa einbringen.

Wir werden nicht nur die Verwaltung des Landes zukunftsfähig gestalten. Wir verbessern die Infrastruktur insgesamt. Wir sorgen mit einer neuen Verkehrspolitik für den Erhalt funktionierender Lebensadern. Und wir gehen noch weiter voran: Wer seinen Blick auf die Organisation der Zukunft richtet, stößt auf eine zentrale Frage: Wie sichern wir die Energieversorgung von morgen – eine Energieversorgung, die unsere Umwelt schont und erneuerbare Energiequellen nutzt? Wir verwirklichen eine Energie-Wende hin zur erneuerbaren Energie. Wir schaffen funktionierende regionale Energiekreisläufe und kappen den Einfluss großer Stromkonzerne.

5.1 ENERGIE-WENDE

Wir holen den Fortschritt nach Thüringen. Wir verwirklichen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, die sich der größten ökologischen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte – der Umstellung von fossilen Energieträgern zu Erneuerbaren Energien – stellt. 2020 wollen wir einen Anteil von 40 Prozent Erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in Thüringen erreichen.

Die Jahre der CDU-Landesregierung waren Jahre der Untätigkeit. Es gab keine landeseigenen Initiativen zum Ausbau erneuerbarer Energien. Das bestätigten alle großen Vergleichsstudien: Die Analyse der Agentur für erneuerbare Energien sah Thüringen 2008 auf einem traurigen vorletzten Platz in der Kategorie „Anstrengungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien“. Beim Ländervergleich der Zeitschrift GEO das gleiche bittere Ergebnis: Bei der Frage nach der Strategie zum Klimaschutz belegt die Landesregierung von Dieter Althaus 2008 den letzten Platz.

Hektische Aktionen helfen nicht weiter. So setzen wir die Energie-Wende für Thüringen langfristig in Bewegung:

- Wir erstellen einen Aktionsplan des Landes. Folgende Maßnahmen sollen koordiniert werden: Nutzung erneuerbarer Energien in Einrichtungen des Landes und der Kommunen; Nutzung von Landesliegenschaften für Solaranlagen; Anpassung des Bauvergabewesens mit dem Ziel, die Nutzung erneuerbarer Energien bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand zu stärken; Änderung des Beschaffungswesens nach ökologischen Kriterien; Initiierung und Umsetzung eines Schulsanierungsprogramms mit dem Ziel einer energetischen Sanierung; Unterstützung der Kommunen bei der Ermittlung von energetischen Einsparpotenzialen; Einrichtung eines Thüringer Klimaschutzfonds zur Unterstützung von Kommunen, Unternehmen und Privathaushalten; Wiedereinführung eines Landesförderprogramms zur Förderung umweltfreundlicher Energienutzung; Erarbeitung eines landesweiten Konzepts zur Eignung und zum Ausschluss von Flächen für die ober- und untertägige Energiegewinnung; Erarbeitung einer Potenzialstudie zum Einsatz erneuerbarer Energien in Thüringen. Zu unserem Aktionsplan gehört darüber hinaus die Einrichtung einer Thüringer Energieagentur. Sie koordiniert Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.
- Wir stärken die Stadtwerke. Sie sind wichtiger Teil eines funktionierenden Wettbewerbs auf dem Energiemarkt. Wir unterstützen daher die Forderung, Beteiligungen der großen Energiekonzerne an Stadtwerken nicht mehr zuzulassen, um bestehende Monopolstrukturen aufzulösen. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Städte und Gemeinden bzw. für kommunale Unternehmen und interkommunale Netzgesellschaften beim Rückkauf der örtlichen Energienetze von den großen Energiekonzernen. Darüber hinaus verbessern wir die wirtschaftlichen Handlungsspielräume für die Stadtwerke. Dazu werden wir die Genehmigungsvorbehalte der Thüringer Kommunalordnung für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und deren Unternehmen im Bereich der Energiewirtschaft, soweit möglich und sinnvoll, durch bloße Anzeigevorbehalte ersetzen.
- Wir unterstützen kommunale Kooperationen und die Bildung interkommunaler Gesellschaften für gemeinsamen Netzbetrieb, Handel, Zählererfassung und Kraftwerksprojekte (insbesondere im Bereich Erneuerbarer Energien).
- Wir unterstützen Kommunen, Siedlungen und Wohnquartiere, die sich mit klimafreundlichen Technologien autark mit Energie versorgen wollen.
- Wir werden Genehmigungshemmnisse bei der Errichtung und Finanzierung von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen in den Kommunen beseitigen. Damit leisten wir nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und zur größeren Unabhängigkeit der Energieversorgung, sondern ermöglichen kurzfristig auch Investitionen, insbesondere für das Handwerk.
- Öffentliche Hand, Unternehmen und Verbände bringen wir zusammen und schließen einen Zukunftspakt „Energie für Thüringen“. Damit vereinbaren wir verbindliche Klimaziele für Thüringen und stärken die erneuerbaren Energien. Die öffentliche Hand übernimmt die Vorbildfunktion beim Einsatz energieeffizienter Technologien und von Biokraftstoffen bei der Fahrzeugflotte sowie dem Neubau und der Sanierung öffentlicher Gebäude.
- Wir schaffen die notwendigen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb von Fernwärmenetzen. Sie ermöglichen eine effiziente Nutzung der Energieerzeugung durch Kraft-Wärmekopplung.
- Solartechnologie und andere Umwelttechnologien wollen wir als Schlüsselindustrien fördern. Wir werden die Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder im Solarbereich intensivieren mit dem Ziel einer besseren Abstimmung im Bereich der Forschung, von Lehrangeboten der Universitäten, der Technologieförderung, der Aus- und Weiterbildung, der Standortpolitik, der Investorenwerbung und der Entwicklung der bestehenden Unternehmen. Die Hochschulausbildung im Bereich der Photovoltaik und Halbleitertechnologie soll ausgebaut werden. Wir wollen ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten im Solarbereich schaffen, um den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu sichern.
- Wir legen ein Zuschuss-Programm „Energieeffizienz Plus“ für die energetische Gebäudesanierung auf. Durch dieses Programm soll Haushalten mit geringem Einkommen die Nutzung der vorhandenen Bundesprogramme ermöglicht werden.
- Wir stärken den ländlichen Raum als neuen Energielieferanten. Der Anbau von Energiepflanzen und das Nutzen von Biomasse für die Erzeugung von Strom und Wärme bieten neue Potenziale, die wir ausnutzen wollen – ohne dass dabei die Lebensmittelproduktion zu kurz kommt.

- Wir wollen dafür sorgen, dass Fördermaßnahmen der kommunalen Netzbetreiber zur Energieeinsparung, die den Strom- und Gaskunden zugute kommen, anerkannt und auf die Netzkosten umgelegt werden können. Dadurch unterstützen wir aktive kommunale Netzbetreiber, ihren eigenen Beitrag zum Klimaschutz und zur Entlastung der Bürger vor steigenden Energiekosten zu leisten.
- Dort, wo der Bau von Höchstspannungsleitungen unvermeidbar ist, achten wir auf die Interessen der Anwohner und den Schutz von Landschaft und Natur. In besonders sensiblen Bereichen, wie dem Thüringer Wald und dem Riechheimer Berg, werden wir für eine Erdverkabelung sorgen.

5.2 SOLIDE FINANZEN – BEZAHLBARE VERWALTUNG

Wir werden Thüringen neu organisieren. Als erstes werden wir einen Kassensturz vornehmen. Die CDU-Landesregierung hatte die Finanzen nicht im Griff. Als andere neue Länder schon Schulden abbauten, nahm die CDU-Landesregierung noch Millionen-Kredite auf. Der aktuelle Fortschrittsbericht der Bundesregierung zum Aufbau Ost bestätigt, dass die CDU-Landesregierung inzwischen die höchsten Personalausgaben und den zweithöchsten Schuldenberg aller neuen Länder zu verantworten hat.

Die Herausforderungen wachsen. 2008 garantierte der Solidarpakt noch 1,5 Milliarden Euro für Thüringen. Schon in diesem Jahr müssen wir mit 140 Millionen Euro weniger aus dem Solidarpakt rechnen. Schritt für Schritt sinken die Finanzhilfen. 2020 wird die Sonderförderung der neuen Länder ganz auslaufen.

Wir werden die Finanzen des Landes nur im Zusammenspiel mit einer Verwaltungsreform ordnen können. Das ist unser Konzept:

- Eine nachhaltige Haushaltspolitik erfordert konsequente Offenheit und Transparenz. Die Schattenhaushalte (alternative Finanzierungen, PPP-Verpflichtungen, Sondervermögen, Pensionslasten, Lasten aus Zusatz- und Sonderversorgung und Bürgerschaftsverpflichtungen) sind als Eventualverbindlichkeiten im Haushaltsplan sowie durch eine regelmäßige Berichterstattung öffentlich zu machen.
- In unsicheren Zeiten zeigt sich: Politik muss über alle notwendigen Instrumente verfügen, um Schlimmeres für die Menschen zu verhindern. Hierbei ist die finanzielle Handlungsfähigkeit unumgänglich. Wir werden dafür Sorge tragen, dass zunächst eine Stabilisierung und eine Rückführung der Schuldenstandsquote erreicht wird. Dies geschieht auf sozialverträgliche Weise; auch deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ein.
- Durch eine wesentlich engere Zusammenarbeit der Länder im mitteldeutschen Raum werden wir die durch die Föderalismusreform gewonnenen gesetzgeberischen Spielräume in verschiedenen Bereichen zu deutlichen Effizienzgewinnen nutzen.
- Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik unterstützen wir nur dann eine öffentlich-private Mischfinanzierung von Projekten (sogenannte PPP-Finanzierung), wenn ein wirklicher wirtschaftlicher Vorteil gegenüber der Durchführung der Maßnahme durch die öffentliche Hand nachgewiesen wurde.
- Moderne Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglicht heute vollkommen neue Wege der Teilhabe der Bürger am öffentlichen Leben. Anträge, Anfragen und alle möglichen Verwaltungsangelegenheiten können bequem von zu Hause aus über Internet oder Telefon erledigt werden. Aufwendige Wege und Wartezeiten beim Behördengang entfallen. Anders in Thüringen: Thüringen liegt bei der Verwaltungsmodernisierung mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnik (eGovernment) im Bundes- und europäischen Vergleich weit zurück. Auch die anderen ostdeutschen Länder stehen besser da. Das zentrale eGovernment Vorhaben der Landesregierung ist 2006 vollständig gescheitert und bis heute verfügt Thüringen über keine eGovernment-Strategie. Das werden wir ändern. Wir werden die Online-Angebote des Landes auf Vordermann bringen, Einsparpotentiale heben und die Möglichkeiten der Technik nutzen.
- Wir wollen eine leistungsfähige, bürgernahe und trotzdem kostengünstige Verwaltung im Land und in den Kommunen. Das können wir nur durch eine Verwaltungs- und Gebietsreform erreichen. Unser Ausgangspunkt dafür ist die Überprüfung der staatlichen und kommunalen Aufgaben und eine neue Zuordnung. Die Landesverwaltung wird dabei deutlich gestrafft. Die kommunalen Strukturen sollen eine kraftvolle und effiziente Selbstverwaltung ermöglichen.

- Die Verwaltung in Thüringen wird im Zug der Reform prinzipiell zweistufig gestaltet. Voraussetzung für die Streichung einer staatlichen Verwaltungsebene ist die Übertragung ihrer Aufgaben. Nach Möglichkeit werden vormals staatliche Aufgaben in den eigenen Wirkungskreis der Kommunen überführt. Auf Landesebene werden nur solche Aufgaben angesiedelt, die dort aus rechtlichen Gründen, aus Gründen der Effizienz oder aufgrund der notwendigen politischen Steuerung wahrgenommen werden müssen. Bei der Neuordnung der Verwaltung werden die von den Bürgern häufig nachgefragten Leistungen dezentral, möglichst in den Stadt-/Gemeindeverwaltungen angeboten. Die Möglichkeit der Kommunen für eigenverantwortliches Gestalten, für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und für Investitionen werden mit der Reform verbessert.
- Alle Bereiche der notwendigen Neuorganisation – die Überprüfung und der Umbau der staatlichen Verwaltung sowie die Kreisreform und die Gemeindereform – stehen in einem direkten Zusammenhang. Wir streben eine möglichst gleichzeitige Umsetzung an.
- Im Zuge des Umbaus der staatlichen Verwaltung wird kein Beschäftigter schlechter gestellt. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Wir stärken die Rechte der Beschäftigten sogar: Das Thüringer Personalvertretungsgesetz werden wir modernisieren und damit für bessere Mitbestimmung sorgen. Wir passen die Wochenarbeitszeit der Beamten wieder an die bundesweit üblichen 40 Stunden an.
- Wir stärken die Identität der Thüringer Orte. Hier wächst die Bereitschaft sich einzubringen. Deshalb schaffen wir neue Möglichkeiten, politisch mitzugestalten und stärken dafür die Ortschaftsverfassungen und die direkte Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Für starke Strukturen und kostengünstige Erfüllung der Verwaltungsaufgaben setzen wir auf Einheitsgemeinden. Diese sollen die bisherigen Modelle ersetzen. Bei der Bildung von Einheitsgemeinden wird die notwendige Stärkung der zentralen Orte berücksichtigt.
- Wir sorgen für eine faire und transparente Finanzausstattung unserer Kommunen. Dazu ist eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs notwendig. Die jetzige Berechnungsmethode der Landesregierung zur Ermittlung des Finanzbedarfs benachteiligt die Kommunen und treibt manche in die Handlungsunfähigkeit. Wir ermitteln die von den Kommunen benötigten finanziellen Mittel, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sorgen für langfristige Planungssicherheit. Auch für sogenannte freiwillige Aufgaben, zum Beispiel die Förderung von Vereinen und Kultur, sichern wir die nötigen Finanzmittel.
- Wir wollen aktive Kommunen. Deshalb sind wir gegen Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Kommunen müssen in der Lage sein, sich zum Wohl der Bürger zu betätigen. Auf der anderen Seite muss auch die Verantwortung klar sein: Insbesondere für die Wasserversorgung wollen wir deshalb an der kommunalen Verantwortung festhalten. Auch die Entsorgung der Siedlungsabfälle bleibt in kommunaler Hand. Private Monopole wollen wir in diesen Bereichen nicht zulassen.
- Wir sichern die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen auch durch eigene Einnahmemöglichkeiten. Kommunen haben kaum eine andere Möglichkeit, notwendige Investitionen zu finanzieren. Wichtig ist uns vor allem, Gebühren und Beiträge so auszugestalten, dass nur die notwendigen Kosten auf die Bürger umgelegt werden können – und das so sozialverträglich wie irgend möglich.

5.3 LANDESPLANUNG

Ein zentrales Instrument für die Ordnung des Landes ist die Landesplanung. Mittels der Landesplanung koordinieren wir die überörtlichen und fachübergreifenden Planungen auf Landesebene. Ziel ist dabei, Stadt und Land als Räume mit gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu entwickeln und die Daseinsvorsorge in allen Landesteilen zu sichern. Angesichts der demografischen Entwicklung gewinnt eine funktionierende Landesplanung immer mehr an Bedeutung:

- Wir werden den Landesentwicklungsplan (LEP) fortschreiben und an die demografische Entwicklung anpassen. Dabei werden wir die Rechte des Landtags bei der inhaltlichen Ausgestaltung des LEP stärken.
- Das Zentrale-Orte-System (ZOS) hat sich bewährt und gewinnt angesichts der Bevölkerungsentwicklung an Bedeutung. Wir werden das ZOS weiterentwickeln. Wir setzen auf eine stärkere Orientierung der unterschiedlichen Fachplanungen am ZOS.

- Kooperationen von zentralen Orten zur Wahrnehmung ihrer Versorgungsfunktion für die Region werden wir fördern. Voraussetzung dafür ist eine Funktionsteilung bei der Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben und Einrichtungen.
- Die funktionsräumlichen Verflechtungen zwischen den Städten und ihrem Umland haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Entsprechend haben sich auch die Anforderungen an die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umlandgemeinden erhöht. Durch eine Stärkung der Regionalplanung werden wir diese Zusammenarbeit weiter fördern.
- Die Abstimmung der Landesplanung mit den Nachbarländern muss wichtiger Bestandteil der Fortschreibung des LEP sein. In diesem Kontext werden wir die Initiative Mitteldeutschland endlich mit Leben füllen und die Landesplanungen aufeinander abstimmen.

5.4 STARKE STÄDTE

Mehr als 60 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer leben in Städten. Thüringens Städte verfügen über einzigartige kulturelle und bauliche Qualitäten. Sie sind die Zentren des sozialen und kulturellen Lebens. Sie sind die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung und die Quellen unseres Wohlstands. Nur starke Städte haben starke Regionen. Wir helfen den Städten, die sozialen, infrastrukturellen und finanziellen Veränderungen der kommenden Jahre zu bewältigen. Wir stärken ihre finanzielle Basis und fördern ihre wirtschaftliche Entwicklung:

- Die Thüringer Gebietsstrukturen müssen dem demografischen Wandel angepasst werden. Auch in Zukunft müssen die bestehenden Thüringer Ober- und Mittelzentren in der Lage sein, die Erfüllung der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und sportlichen Aufgaben für die Bürger in den Städten und im Umland sicherzustellen. Wir werden im Rahmen einer anstehenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform diese Zentren nachhaltig stärken.
- Die Entwicklung unserer Innenstädte hat Priorität. Wir werden Brachflächen und Baulücken in den Innenstädten verstärkt einer Bebauung zuführen. Durch Förderprogramme wollen wir diese Bauplätze insbesondere für Familien mit Kindern attraktiv und bezahlbar gestalten.
- Private Initiativen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes (z. B. Spielplätze oder Grünanlagen) werden wir unterstützen.
- Baudenkmale bereichern unsere Städte und Gemeinden. Ihre Erhaltung und Sanierung werden wir unterstützen. Dabei ist uns wichtig, sie mit Leben zu erfüllen und entsprechende Nutzungen zu ermöglichen.
- Wir haben auf Bundesebene für die Verlängerung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ bis 2016 gesorgt und werden für die notwendige Kofinanzierung durch das Land sorgen. Den Stadtumbau werden wir fortsetzen und stärker mit den anderen Programmen der Wohnungsbau- und Städtebauförderung verzahnen. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die verschiedenen Interessengemeinschaften werden wir stärker als bisher am Stadtumbau beteiligen und auch private Vermieter künftig einbinden. Das eröffnet uns die Chance, mit den Akteuren gemeinsam Antworten auf die neuen Herausforderungen des demografischen Wandels zu finden.
- Wir setzen uns für eine Verlängerung der Abrissfrist bei der Altschuldenhilfe und für eine Fortführung der Härtefallregelung nach Paragraph 6a Altschuldenhilfegesetz ein. Modernisierungsinvestitionen im Altbaubestand werden wir weiter fördern.
- Die durch den Bund bereitgestellten Mittel zur sozialen Wohnraumförderung fließen in einen revolvingenden Fond ein. Damit wird sichergestellt, dass auch über das Jahr 2013 hinaus ausreichend Mittel für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stehen und damit für Bezieher niedriger Einkommen Wohnraum mit bezahlbaren Mieten gesichert werden kann. Auch diese Mittel wollen wir verstärkt im Altbaubestand und bei der Entwicklung innerstädtischer Brachflächen einsetzen. Dabei ist uns die Schaffung barrierefreier Wohnungen ein besonderes Anliegen.
- Wir werden ein Landesgesetz zur sozialen Wohnraumförderung verabschieden. Mit der Föderalismusreform ist die politische Verantwortung für die Wohnraumförderung vollständig auf die Länder übergegangen. Von

dieser gewonnenen Kompetenz wollen wir mit einem Thüringer Wohnraumförderungsgesetz Gebrauch machen. Mit ihm stecken wir den Rahmen für die künftige Wohnraumförderung ab und führen alle Förderarten für Wohnraum zusammen. Vor allem wollen wir die gewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen für die Modernisierung von Mietwohnungen und den Mietwohnungsneubau in den Innenstädten, für die Schaffung attraktiver Wohnbedingungen für ältere Bürger und für ein familienfreundliches Leben und Wohnen.

- Bezahlbare Mieten sind ein Anliegen sozialdemokratischer Wohnungspolitik. Neben der Wohnraumförderung setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes Wohngeld ein.

5.5 LEBENDIGER RAUM

Thüringen hat nur dann eine gute Zukunft, wenn auch der ländliche Raum den Menschen Zukunft und Perspektive bietet. Wir setzen auf Vielfalt und die Besonderheit unserer verschiedenen Regionen.

Wir werden darauf achten, dass der ländliche Raum auch zukünftig lebendig bleibt. Starke Zentren und starken ländlichen Raum entwickeln wir zusammen.

- Für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes werden wir ein längerfristiges und umfangreiches Perspektivprogramm entwickeln. Dazu werden wir die Instrumente des Freistaates Thüringen bündeln, wissenschaftliche Begleitung organisieren und Ressourcen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sollen die lokalen Kompetenzen an entscheidender Stelle eingebunden, umfassend Erfahrungen vor Ort genutzt werden und intelligente Netzwerke für eine Stärkung des ländlichen Raumes entstehen. Damit wird erstmalig in Europa ein Konzept entstehen, das gemäß den Forderungen der OECD eine wirkliche Entwicklungsstrategie für ländliche Räume ermöglicht.
- Der demografische Wandel führt in vielen Bereichen zu unvermeidbarer Unterauslastung von Versorgungs- und Entsorgungssystemen jeglicher Art (insbesondere bei Wasser, Abwasser, Gas, Strom, Straßennutzung) und damit zu steigenden Kosten pro Einwohner. Diese Kosten und die Kosten einer notwendigen Umstrukturierung können die Menschen in den dünn besiedelten Bereichen nicht alleine tragen. Solche Bereiche bedürfen weiterhin der Solidarität.
- Insbesondere für die Abwasserentsorgung in den bisher nicht angeschlossenen Bereichen sind neue Lösungswege erforderlich. Bei der Wahl zukünftiger Entsorgungsvarianten (zentrale Kläranlage, Ortskläranlage, Kleinkläranlagen) halten wir ein gesetzlich abgesichertes Informations- und Mitspracherecht der betroffenen Bürger für notwendig. Wir schaffen klare Regeln für die Ermittlung der Wirtschaftlichkeit bei der Wahl der jeweiligen Entsorgungsvariante. Für Bürger, die Abwässer in Kleinkläranlagen entsorgen sollen, schaffen wir Planungssicherheit, indem wir einen Bestandsschutz von mindestens 15 Jahren für sanierte Kleinkläranlagen vorsehen. Wir werden für die Aufgabenträger und Bürger auch zukünftig Fördermittel im Abwasserbereich zur Verfügung stellen.
- Zur Vermeidung künftiger Überkapazitäten fördern wir Konzepte zur dezentralen Ver- und Entsorgung. Der kommunale Anteil der Strom- und Gasversorgung muss erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. Eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung lehnen wir ab. In der Förderung der dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien sehen wir eine wichtige Aufgabe, die wir auch aus Mitteln zur Dorferneuerung finanzieren wollen.
- Der ländliche Raum braucht sicheren und gleichberechtigten Zugang zur Informationsgesellschaft. Gemeinsam mit Telekommunikationsunternehmen entwickeln wir eine Strategie zur Ausweitung der Breitband-Netze und sichern die Versorgung mit digitalen Dienstleistungen auch im Rundfunk- und Fernsehbereich.
- Wir garantieren ein flächendeckendes Angebot bei Krippen und Kindergärten und investieren stärker in die Betreuungsstrukturen.
- Wir sichern wohnortnahe Schulen. Unser Modell der Thüringer Gemeinschaftsschule mit gemeinsamem Lernen bis Klasse 8 trägt dazu bei, auch kleine Schulstandorte zu erhalten.
- Um dem Hausärztemangel entgegenzuwirken, werden wir die Ansiedlung von Landärzten fördern. Gemeindefachswestern sollen den Ärzten helfen und den Patienten als vertraute Ansprechpartnerinnen zur Seite stehen.

5.6 VERKEHR

Starke Zentren und ein lebendiger Raum brauchen funktionierende Lebensadern. Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur fortsetzen. Wir schaffen gut ausgebaute Verkehrswege und einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr.

- Wir haben dafür gesorgt, dass zahlreiche Thüringer Straßenbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan als vordringlich eingestuft wurden. Dazu gehört der Abschluss der noch auszubauenden Autobahnteilstücke ebenso wie der Lückenschluss der A 71 Sömmerda zur A 38. Bei den Bundesstraßen werden wir die noch vorhandenen Lücken schließen und durch den Bau von Ortsumgehungen für mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden sorgen. Dazu gehören die Straßenzüge der B 2, B 4 (besonders Sundhäuser Berge), B 7, B 19, B 62 mit B 62n (Zella-Mehlis – Schmalkalden), B 84, B 85, B 87n (Rhönquerung), B 88, B 90 mit der B 90n, B 93, B 175, B 176 mit der B 176n (Ortsumgebung Gräfentonna), B 243, B 247, B 281. Wir werden diese Bauprojekte weiter vorantreiben. Bei Maßnahmen mit besonders gravierenden Eingriffen in die Natur bestehen wir auf der akribischen Abarbeitung des naturschutzfachlichen Planungsauftrages, um ein Höchstmaß an ökologischer Verträglichkeit zu gewährleisten.
- Während wir mit dem Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen bereits gut vorangekommen sind, befinden sich 50 Prozent unserer Landesstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Wir werden den Ausbau und die Sanierung der Landesstraßen als eigene Aufgabe der Landespolitik künftig stärker vorantreiben.
- Das Thüringer Schienennetz bauen wir systematisch aus, um noch mehr Personen- und Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Wir wollen den Bau der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt beschleunigen. Der ICE-Takt auf der Saale- und Frankenwaldbahn soll auch nach Inbetriebnahme der ICE-Neubaustrecke erhalten bleiben. Die so genannte Mitte-Deutschland-Verbindung (Chemnitz – Gera – Jena – Weimar – Erfurt – Kassel – Dortmund – Düsseldorf) wird durchgehend zweigleisig und elektrifiziert ausgebaut. Bis 2015 wollen wir hier einen S-Bahn-Takt zwischen den größeren Thüringer Städten einrichten. Zum Ausbau der Werra-Bahn von Eisenach bis Coburg gehört zwingend der Lückenschluss auf bayerischer Seite, damit diese Strecke ihre wichtige Verbindungsfunktion wieder erfüllen kann.
- Thüringen braucht einen leistungsfähigen ÖPNV, sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße. Es muss ein abgestimmtes Konzept zwischen Schienenpersonennahverkehr und Straßenpersonennahverkehr geben. Wir schaffen aufeinander abgestimmte Fahrpläne und ein einheitliches Tarifsystem. Wir garantieren eine solide Förderung des ÖPNV und wollen Parallelangebote vermeiden. Neue Modelle mit Kleinbussen, Bürgerbussen oder Ruftaxis unterstützen wir, soweit dadurch bestehende bedarfsgerechte ÖPNV-Angebote nicht verdrängt werden. Aufgabe ist es, einen finanzierbaren Mix verschiedener Angebote insbesondere im ländlichen Raum zu schaffen.
- Wir wollen einen kundenfreundlichen Nahverkehr. Das setzt bezahlbare Preise voraus, aber auch guten Service. Im regionalen Bahnverkehr werden wir darauf achten, dass es keine Schalterzuschläge gibt und Fahrkarten ohne Strafzahlung wieder beim Schaffner gelöst werden können.
- Der Güterverkehr wird weiter zunehmen und soll stärker auf der Schiene stattfinden. Dies werden wir durch geeignete Maßnahmen unterstützen: Zum Beispiel durch die Förderung von Industriegleisanschlüssen. Wir fördern darüber hinaus den Ausbau des bestehenden und die Errichtung von weiteren Güterverkehrszentren im Freistaat.
- Thüringen ist eines der wenigen Bundesländer, das auf seinen Straßen so genannte Gigaliner (mehr als 40 t Gesamtgewicht und/oder 25 m Länge) zulässt. Damit gehen erhebliche Belastungen der Infrastruktur und Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit einher. Deshalb lehnen wir den Einsatz von Gigalinern auf unseren Straßen ab.
- Bei allen anstehenden Maßnahmen zum Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen, insbesondere bei Straße und Schiene, muss dem Schutz der Menschen vor Lärm besonders Rechnung getragen werden.
- Der Radverkehr wird wichtiger, nicht nur im Tourismus. Deshalb werden wir das Netz der Radwege zügig ausbauen und Lücken schließen. Dabei verzahnen wir den Bau touristischer Radwege mit dem Bau straßenbegleitender Radwege.

- Bei wachsendem Verkehr spielt die Gewährleistung von Verkehrssicherheit eine immer größere Rolle. Wir setzen auf verstärkte Verkehrssicherheitsarbeit schon an den Kindergärten und Schulen. Die Akteure dieser Bildungsarbeit vor Ort wollen wir unterstützen.
- Die bestehenden Fahrsicherheitszentren leisten hervorragende Arbeit. Sie wollen wir bei der Ausübung ihrer Tätigkeit stärker fördern, um gerade auch jungen Fahranfängern ein solches Training zu ermöglichen.

5.7 NATUR- UND UMWELTSCHUTZ

Gesunde Natur wird wieder ein Kennzeichen unseres Landes. Viel ist seit dem Ende der DDR im Natur- und Umweltschutz erreicht worden. Die Flüsse sind sauberer. Die Luft ist reiner.

Wir werden noch mehr Gewicht auf den Schutz unserer Natur und Umwelt legen.

- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns in langen Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Grüne Band unentgeltlich auf Thüringen übertragen wird. Der Freistaat hat den größten Flächenanteil am etwa 1.400 km langen Biotopverbund, der sich entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze entwickelt hat. Wir werden den naturschutzfachlichen Wert der Flächen dauerhaft sichern und durch Biotopentwicklungsmaßnahmen aufwerten.
- Wir werden den Biotopverbund in Thüringen erweitern, damit viele vom Aussterben bedrohte Tierarten, zum Beispiel die Wildkatze, langfristig überlebensfähige Populationen entwickeln können. Auch die Thüringer Gewässer und deren Uferzonen sind wichtige Bestandteile des Thüringer Biotopverbundnetzes – wir wollen sie als solche bewahren. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden wir verstärkt für die Schaffung des Biotopverbunds einsetzen. Vorhaben des Naturschutzes von überregionaler Bedeutung werden dazu durch eine einheitliche Stelle gebündelt und koordiniert.
- Die Netzwerke der Umweltbildung wollen wir wieder stärken.
- Den ehrenamtlichen Naturschutz werden wir unterstützen. Er leistet einen wichtigen und aktiven Beitrag für den Arten- und Biotopschutz und hilft erhebliche öffentliche Mittel einzusparen.
- Wir wollen unseren Nationalpark Hainich durch attraktive Besucherangebote – Nationalparkhaus und Freigehege – zum Wohl der gesamten Region weiterentwickeln.
- Mit der Ausweisung der Naturparke Eichsfeld/Hainich/Werratal, dem Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale und dem Kyffhäuser sowie dem länderübergreifenden Biosphärenreservat Gipskarstlandschaft im Südharz soll auch dort eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden. Bereits bestehende Biosphärenreservate – wie das Vessertal oder die Rhön – und den Naturpark Thüringer Wald wollen wir weiter fördern. Die wertvollen Waldgebiete der Hohen Schrecke müssen geschützt werden.
- Wir werden den Hochwasserschutz durch eine bessere Finanzierung von technischen Maßnahmen und durch die Verbesserung der Rückhaltefunktion der Flussauen verstärken.
- Wir lehnen den Bau einer Werra-Pipeline ab, mit der dauerhaft weitere Kaliabwässer in die Werra gepumpt werden sollen. In Regierungsverantwortung werden wir Alternativen zur Einleitung von Kaliabwässern in die Werra – wie z. B. eine Nordseepipeline – vorantreiben, um die Produktion und die Arbeitsplätze in der Region langfristig zu sichern und die Werra zu entlasten. Wir werden eine deutliche Absenkung der Grenzwerte für die Einleitung von Salzabwässern in die Werra einfordern. Eine weitere Versenkung von Kaliabwässern in der Gerstunger Mulde werden wir nicht zulassen.
- Die Strukturen der großen Zweckverbände im Bereich der Abfallwirtschaft haben sich bewährt. Diese Strukturen sind leistungsfähig. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Zweckverbände zusätzliche Aufgaben, wie z. B. die Überwachung und Rekultivierung von Altdeponien, übernehmen können. Wir unterstützen Initiativen zur Gründung eines gemeinsamen Abfallzweckverbands Mittelthüringen, wie er in allen anderen Thüringer Planungsregionen auch existiert.

- Im Bereich der Abfallwirtschaft muss das Land in Zukunft seine moderierende Rolle wahrnehmen. Unser Ziel ist es, die in Thüringen vorhandenen Abfallbehandlungs- und Deponiekapazitäten sinnvoll auszulasten, um die Gebührenzahler nicht unverhältnismäßig zu belasten.
- Wir erarbeiten ein Konzept zur Beräumung von Abfallagerungen, wie in Gösen oder Weira, die eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen können. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Genehmigungsaufgaben durchgesetzt werden und die Kosten den Verursachern und nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden.
- Wir sind für eine nachhaltige Entwicklung. Die Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik soll die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigen, ohne die Chancen künftiger Generationen zu beeinträchtigen: Wir wollen, dass in allen Kommunen eine eigene lokale Agenda erarbeitet wird und werden entsprechende Fördermöglichkeiten initiieren. Wir werden alle Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit prüfen.

5.8 EUROPA

Thüringen hat seinen Platz in der Mitte Europas. Die Europäische Union ist eine einmalige Erfolgsgeschichte. Eine gemeinsame Politik des Friedens und der Annäherung hat die Spaltung des Kontinentes überwunden. Regionale Unterschiede werden in gemeinschaftlicher Anstrengung der Mitgliedsstaaten ausgeglichen. Thüringen profitiert davon direkt. Bis 2013 stehen unserem Land weitere 2,1 Milliarden Euro aus der Regionalförderung der EU zu Verfügung.

Unser Zukunftsprojekt ist das soziale Europa. Europa ist mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Wir stehen für ein Europa, in dessen Mittelpunkt der Mensch und nicht der Markt steht.

Mit dem Vertrag von Lissabon entsteht die Grundlage für eine neue Rechtsordnung der Europäischen Union. Auch wenn der Ratifizierungsprozess durch das ablehnende Referendum in Irland ins Stocken geraten ist – für die zukünftigen Herausforderungen einer erweiterten Europäischen Union ist dieser Vertrag unabdingbar.

Verbunden mit dem Vertrag von Lissabon sind mehr Möglichkeiten für Bürgerbeteiligungen und eine Stärkung der Demokratie. Aber auch die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten und ihre Regionen verändern sich. Auf Deutschland übertragen heißt das: Die deutschen Bundesländer besitzen nunmehr sowohl neue als auch gestärkte Beteiligungsmöglichkeiten am europäischen Reformprozess. Diese neuen Möglichkeiten für Thüringen zu nutzen, wird eine vordringliche Aufgabe einer neuen Landesregierung sein.

- Besonderes Augenmerk ist auf die Einhaltung der Subsidiaritätsprinzips, also der Erledigung von Aufgaben auf der niedrigsten geeigneten Stufe, zu legen. Das im Lissabonner Vertrag festgelegte Frühwarnsystem wird von uns so ausgestaltet, dass eine wirksame und rechtzeitige Einbeziehung des Thüringer Landtages gewährleistet wird.
- Auch über den Bundesrat kann der Freistaat Thüringen künftig noch stärker Einfluss auf Angelegenheiten der Europäischen Union nehmen. Wir wollen ein praxistaugliches Verfahren in Abstimmung aller Bundesländer vereinbaren, um die Umsetzung dieser neuen Mitwirkungsrechte effektiv zu gestalten.
- Thüringen braucht auch nach 2013 eine angemessene Förderung durch die EU-Strukturhilfefonds. Wir werden uns dafür einsetzen.
- Wir werden das soziale Europa in den Mittelpunkt der Europa-Politik des Freistaats Thüringen rücken. Wir wollen auch auf europäischer Ebene Arbeitnehmerrechte stärken und das Prinzip guter Arbeit für alle in den Vordergrund stellen. Das schließt den Ausbau europaweiter Arbeitnehmerrechte ebenso ein, wie die Sicherung der in den einzelnen Mitgliederstaaten vorhandenen Arbeitnehmerrechte.

SPD Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 37
99084 Erfurt

Telefon: 0361 22844-0
Fax: 0361 22844 27

www.spd-thueringen.de
thueringen@spd.de

